

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Einheitspreis mit der übl. Unterhaltungsbedeckte Leben, Willen, Kunst
der Frauen- und Jugendzeitung einschließt. Bringerlohn monatlich 80 Pf.
die Post begogen vierzehn. Nr. 275, unter Ausland für Deutschland und
Osteuropa. Nr. 5.— Ersteausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Brüderstraße 21, II. Telefon 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Telefon 1769.
Gesetzliche Zeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Abfertigungen werden die gespaltenen Zeitungen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinssangebot 20 Pf. Abfertigungen müssen
bis spätestens 10 Uhr früh in der Redaktion abgegeben sein und sind im
Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 28.

Dresden, Donnerstag den 4. Februar 1909.

20. Jahrg.

Mißverständnisse.

Unsicherheit, Unsicherheit von Tag zu Tag; Wanken und
wanken und hin und her — das bleibt der Kurs der Reichspolitik
in bürgerlicher Volkszeit, in der bürgerlichen Block. „Unsi-
cherheiten“ zwischen Hofpolitik und Kanzlerpolitik, „Unsi-
cherheiten“ zwischen Kanzler und Konservativen, „Unsi-
cherheiten“ in den verschiedenen Gruppen der Regierungstruppe, des
katholisch-liberalen Blocks. Heut so und morgen so; immer fort
treibe Nebel; nur niemals eine klare Richtung.

So wird denn auch das Geplänkel zwischen Bülow und den
Zwischen nur zur Ablenkung einmal wieder auf „Miß-
verständnisse“ hinausgerichtet. Gegen Bülow leide Riede im
Sächsischen Abgeordnetenhaus war am 19. Januar in Danzig der
Reichsstaat und Reichsteuerfond v. Oldenburg in schweren
Schwierigkeiten. Es schien zu einem heftigen Zusammenschluß
der feindlichen Freunden kommen zu sollen. Aber bald
war Bülow, erschreckt vom ausbrechenden Junkerroll: Siehe
da, so schlimm war es nicht gemeint. Und die Konservativen
wurden: Gewiß, lieber Bülow, wir werden uns doch wieder
ander vertragen!

Jetzt erlassen auch die trügerischen Junker von Westpreußen ein
eich ihres Friedensschlusses mit der Regierung, nachdem diese
in der Steuer- als in der preußischen Wahlrechtsfrage sich
zähm genug erwiesen. Die Kreuzzeitung veröffentlicht die
Mitteilung des Grafen Dohna-Schönstein, des Vor-
sitzenden des Vereins der Konservativen für Westpreußen, in der
gesagt wird:

„Provinzialversammlungen des Bundes der Landwirte und des
Arbeitskreises brachten die Verhinderung zum Ausdruck; am idyllischen
seitlichen Berghaus in Danzig am 19. Januar. Hieraus
zum die liberale Presse auf einen „Plan, den Kanzler zu führen“. Die
zwischen dem Fürsten Bülow und den Konservativen ent-
standenen Mißverständnisse sind inzwischen beigelegt. Die Konservativen
haben sich überzeugt, daß der Fürst keine
nicht gegen diefele richten wollte, woegen des
nun wohl willigen darstellt, daß eine prinzipielle Opposition
seine ganze Politik oder gar gegen seine Person den Konservativen
sehr gelegen hat.“

Herr v. Dohna benutzt diesen Anlaß weiterhin zu einer
sehr konservativen Verbesserung vor dem Throne. Wie
man überhaupt den Konservativen so etwas zumindest, daß
der Reichskanzler befürchtet wollen? Das sei „allein Sache
König“, der sich „noch seinen eigenen Urteil“ richten
möchte. Diese Verteilung vor der königlich-kaiserlichen Majestät
sich dann allemal besonders gut an, wenn es den Konservativen
scheinen gelungen ist, durch ihre Dringungen die Monarchie
die Regierung hinreichend einzuschütteln. Der Junker-
verbund erklärt: Kommt die Nachlaßsteuer und die preußische
Rechtsreform, so können wir den König nicht mehr schützen!“
Um die wilden Gedanken ihre Wirkung gelöst, kommt nun
jünger Dohna und erklärt: Es ist niemandem von uns ein-
gegangen, den Reichskanzler befürchtet oder gar in die unan-
stößige der Krone eingreifen zu wollen.

„Mißverständnisse!“ So taumelt die Bülowsche Biedpolitik
Mißverständnis zu Mißverständnis, von Würm zu Würm,
das deutsche Volk diesen ganzen Rebelsatz der volksfeindlichen
zu verlegen und eine Politik der Klarheit und des Volks-
kampfes erklängen wird!

Auch ein Mißverständnis.

Ein Bünder-Meinfall.

Die Feststellung, daß sich das Agrarische Handbuch
1908 für die Erdölsteuer ausspricht, ist der
Bundes der Landwirte natürlich recht unangenehm,
einer ungewöhnlich faulen Ausrede sucht sie über die
Sache wegzukommen. Die Korrespondenz des Bundes der
Landwirte schreibt:

„Die Mitteilung, daß in diesem Agrarischen Handbuch
über andere Steuerfragen auch ein Urteil über die Erdölsteuer
steht, ist an sich richtig. Nicht richtig ist aber, daß dieser
Urteil eine Stellungnahme des Bundes zu dieser
Frage ausspricht werden muß... Der von einem willigen
willigen Mitarbeiter im Agrarischen Handbuch verfasste
und solle die tatsächlichen Verhältnisse und Meinungen
im Ausland bestmöglich dieser Steuer referierend niederschreibe.
Eben weil es sich hier nur um eine aktuelle
berührende Materie handelt, sollte der Vorstand des
Bundes der Landwirte diesen Urteil einer eingehenden
Prüfung nicht auswerten und auf diese Weise erläutern,
daß bestelle in der vorliegenden Gestalt in das Handbuch aufgenommen
werden. Rücksichtend kann das jetzt sehr bedauern,
und wir sind überzeugt, welche Ansprüche werden es auch über-
nehmen, daß sie die wahre ungetrübte Einschätzung des Bundes
durch sehr aktuelle Steuerfrage aus dem Agrarischen Handbuch von
1908 nicht entnehmen können.“

Ein der Zollstelle steht läßt sich ja nichts anderes, doch ist dies im
en auch völlig unbedeutlich und unerheblich, da die Frage eines
Kinder und Eltern ausgetriebenen Erdölsteuer resp. Nachlaßsteuer
solche für die Bundesmitglieder so völlig klar liegt, daß sie sich
nicht ohne Handbuchkenntnis ihr Urteil bilden könnten und ge-
takten...“

Jeder Tag dieses Ausbruchs der Partei-Berichtswelt ist
wundervoller Komit. Solange eine Steuer „nicht aktuell“

ist, darf sie in den „wissenschaftlichen“ Werken des Agrarieriums
als brauchbar und wohltätig gefeiert werden. Wird sie jedoch
aktuell, dann ist plötzlich der Urteil des offiziellen Bünder-Han-
dbuches — nicht mehr aktuell. Die Einschätzung, die die Deutsche
Tageszeitung ihrem Agrarischen Handbuch zuteilt werden läßt wird
bei den glaubigen Leuten der Bünder eine Verwirrung an-
richten, bei allen anderen Politikern aber die größte Erheiterung
erwecken.

Der Schrei der Tiefe.

Man darf gespannt sein, ob der Massenkreis, zu dem der
Berliner Bergarbeiterkongress auslang, die Regierung endlich zu
einer ehrgeizigen genügenden Bergarbeiterchutzegegebung an-
schreiten wird. Vorläufig geht Deutschland auch in der sozial-
politischen Rückständigkeit seiner Bergwerksindustrie der Welt voraus.
Das Grubenland, das auf der Berliner Tagung zu Ohren
der Öffentlichkeit gebracht wurde, besteht nicht etwa in
den Reden einiger „von Arbeitergroßen bezahlter Agitatoren“,
sondern Männer der täglichen Handarbeit hatten das Wort.
Schlichte Grubenarbeiter, deren starke Seite das Leben nicht ist,
erzählten mit innerem Grimm und im Andenken an die Ge-
mordeten von Robbod von einer empörenden Grubenklavei, von
einer grubenherzlichen Gewissenslosigkeit, die die gesamte Öffent-
lichkeit auspeitschen möchte. Grubenbeamte durften nicht ausnotieren,
dass sie Weiter gefunden hatten, weil sie sonst mit schwarzen
Listen aus dem Flußgebiet hinausgetrieben worden wären und die
Behörde, der die Bergarbeiterorganisation Mittellungen über
mangelhafte Sicherheitszustände (darunter auch von Robbod) von
Juli bis September machte, rückte sich nicht. Auf der Grube
Altringen mußten Bergarbeiter mit einem Sack Pulver und offenem
Licht einfahren. Begreift die bürgerliche Welt jetzt, warum die
Bergarbeiter Anstellung von Arbeiterschaften fordern müssen!
Als sich das grausame Unglück in Robbod ereignet hatte, schäfte sich
die Direktion so schuldbewußt, daß sie den Bergarbeiterverband an
den Rettungskräften nicht teilnehmen ließ, und so die Rettung zur
Unmöglichkeit machte, ob noch Lebende in der Grube waren, als
der Schacht unter Wasser gesetzt wurde. Durch den Merkendorfer
Krieg wurde ein Unglück verhütet, das 700—800 Arbeitern den
Tod hätte bringen können. Bergarbeiter, die die Mißstände ihrer
Grube in Versammlungen zur Sprache bringen, die ihr und ihrer
Kameraden Leben zu schützen suchen, werden gemahngestellt und
mittels der schwarzen List gehegt, ausgehungert. Sogar auf
den fiktionalen bayrischen Gruben wütet das Schwergewissen-
System!

Angesichts der Berliner Debatten wird es verständlich, daß
jüngst der unternehmerfreudige Besitzer einer Brauerei
seinen Entwurf den Vorschlag machen konnte, an Stelle der Polen
und Russen — Buchständer in den Gruben schanzen zu lassen
und so 50 Millionen jährlich zu sparen. Jedenfalls hat der
menschenfeindliche Brauereibesitzer längst erwogen, was ein
Debatteredner des Kongresses feststellte: daß viele Bergwerke dem
Buchstaben in nichts nachstehen, ja daß das Buchstabe im Gegensatz
zu bayrischer und sächsischer Hinsicht viel, viel höher steht.

Freilich: Die bürgerliche Presse, die ja um Arbeiterschutz
in allgemeinen und Bergarbeiterkampf im besonderen nie viel
gekümmert hat, sucht die schlimmsten Ergebnisse der Berliner
Tagung zu verbreiten oder in den Zeitungen einfach zu unter-
schlagen. Um so erfreulicher ist die Geschlossenheit, mit der die
drei Verbände die Forderungen des Grubenproletariats von der
ersten bis zur letzten Stunde des Kongresses zum Ausdruck brachten.
Und wenn sich der Hirsch-Dunkerter Gewerbeverein hierbei den
folgerichtigen Klassenspunkt der freien Gewerkschaften zu eigen
gemacht hat, so beweist das wiederum, daß die Illusion von der
Harmonie zwischen Kapital und Arbeit überall zerstochen ist.
Wo das Unternehmersum in so entwickelter Machtvolkommenheit
austritt wie in der Bergbauindustrie. Und auch die Leitung des
christlichen Bergarbeiterverbandes, die nach der Zentrumspfeife
tanzt, den Kongress nicht beschloß, wird dem Drängen der
Mitglieder auf Gewerksammung der Bergarbeiterphalanx auf-
die Dauer nicht widerstehen können. Sollte die Regierung
trotzdem den Grubenpatas nicht so viel Rücksicht zu zeigen
wollen, um die minimalsten Bergarbeiterrechte zu erfüllen
— Grubenkontrolle, Kostentfernung, Reichsberggesetz — dann
dürfte bei ausliegender Konjunktur kommen, was ein Redner
prophetisierte: Eine Abrechnung zwischen Bergherren und Berg-
arbeiter, wie sie der bürgerliche Staat von heute nicht ohne ge-
fährliche Erschütterungen überstehen dürfte.

Deutsches Reich.

Die Krieger-Deutsche.

Das Urteil der von uns wiedergegebenen Darstellung der Adol-
f Hitler'schen Schrift über die Eintheilung der Krieger-Deutsche erfaßt das
Berl. Tagebl., es werde in den nächsten Tagen eine strenge Darstellung
der Eintheilung der Krieger-Deutsche von amtlicher Seite erfolgen. Dem
Blatte wird verklärt, daß alle Behauptungen über diese Deutschen, die
im Deutschen Reich aufgestellt wurden, den Tatsachen nicht entsprechen.
Die Regierung betreibt das Telegrafen als einen Reiterstall; das
sich schon daraus hervor, daß am 6. Januar 1895 Freiherr von
Marshall dem englischen Botschafter Sir Frank Deedes erklärte, eine
Feindseligkeit gegen England könne unmöglich darin gefunden werden,
daß der deutsche Kaiser das Oberhaupt eines befriedeten Staates zum
Siege über bewaffnete Scharen beglückwünsche, die in seinem Lande voller-
rechtswidrig eingedrungen und von der englischen Regierung selbst als
außerhalb des Reiches liegend erklärt werden seien. Die Initiative zu

dem Telegramm ist vom Kaiser selbst ausgetragen. Der Entwurf
des Telegramms wurde von dem Auswärtigen Amt lediglich stros-
umredigert.

Polizei und Wahlrechtsdemonstranten.

Dem Berliner Tageblatt wird über das Verhalten der
Hannoverschen Polizei um legen Wahlrechtsdemonstrantengeschildert:

„Über das Verhalten der Polizei anlässlich der sozial-
demokratischen Wahlrechtsdemonstrationen herrscht hier nur
eine Stimme der Entrüstung. Nach der übereinstimmenden
Schilderung von einwandfrei, gegen den Verdacht, etwa
zur Sozialdemokratie zu gehören, geschlagenen Zeugen war
das Verhalten der Schuhmannschaft geradezu brutal. An einer Stelle, am Hotel Astoria,
war die ganze Straßenbreite durch eine starke Schuhmanns-
schaft auch für friedliche Passanten gesperrt, so daß es für
jeden einigermaßen eisigen Gesichts schwierig gewesen wäre, das
eigene eisige Gesicht der Schuhmannschaft — zu ersten Zwischenfällen kommen zu müssen. Als ein geschlossener Zug Demonstranten diese Stelle passieren
wollte, stauten sich selbstverständlich hier der eigentliche
Demonstrationszug sowie die große Masse der Passanten und Neugierigen.
Auf den Pfiff eines vorge-
legten Polizeibeamten hin zog die ge-
jagte Schuhmannschaft — die Schuhleute trugen
alle die Schuhmannschaft unter dem Arm — blank und hielt blindlings, ohne daß eine Aufforderung zum Rückwärtsgehen
oder Umkehren erfolgt wäre, auf die Rücksitzenden ein.
Eine ganze Menge Unbeteiligter trug schwere Verlegerungen
davon. Die Schuhleute verfolgten die Fliehenden bis in die
Häuser. Einem Manne, der sich mit dem Arm das Gesicht
vor den Schuhleuten der Polizei schützen wollte, wurde
der Ellenbogen zerstochen. Die Schuhleute hielten auch auf die Fliehenden noch weiter ein, was
auch daran herbeigeführt, daß viele Personen Verletzungen
auf dem Rücken erhielten. Dabei hatten die Demonstrations-
gruppe nichts besonderes Aufrühreres an sich, auch die Teilnehmer waren nicht sonderlich erregt; es wurden jedoch auf
das allgemeine Wahlrecht ausgebracht und Bieter gesungen.“

Der Korrespondent des Berliner Tageblatts weiß dann
noch darauf hin, daß es sich nicht um Ausschreitungen der
unteren Polizeiorgane handle, sondern daß die Weisungen zu
diesem rücksichtslosen Vorgehen von oben gekommen seien.

Ein unbesiegtes Stadtoberhaupt.

Der seit vier Jahren in Altona amtierende Oberbürgermeister Dr. Lettenborn, Mitglied des preußischen Herren-
hauses, ist vom Stadtverordnetenkollegium wegen angeblicher
Unfähigkeit aufgefordert worden, sich pensionieren zu lassen.
Diese Aufforderung ist unter sehr merkwürdigen Umständen
geschehen: es handelt sich um einen förmlichen Überfall. Das
Stadtoberhaupt soll die Vorlagen nicht genügend begründen,
soll die Interessen Altonas nicht energisch genug vertreten
haben, wie er überhaupt nicht die geistigen Qualitäten besitzen
soll, die zur Führung seiner Amtsgefäße erforderlich sind.
So laufen die Argumente, die dem „Ober“ in wenig verbind-
licher Form vorgebracht wurden. Es wurde dann ein Kompromiß geschlossen, wonach Dr. L. bis zum Ablauf seiner
Amtsperiode (1917) eine Pension von 15 000 M. und dann
bis an sein Lebensende 10 500 M. pro Jahr erhalten soll.

Der Herr Oberbürgermeister kann, was die finanzielle
Seite anlangt, mit dem Ausgang der Angelegenheit zufrieden
sein, weniger sind es aber die Altonaer Steuerzahler, die gegen
den Ausgang zwei „Ober“ unterhalten zu müssen, lebhaft protestieren. Dr. L. hat außerdem die Flucht in die Deutschen
Zeitung genommen und in der Presse dargelegt, weshalb es zu
„Unstimmigkeiten“ gekommen ist. Da in Altona auf kommunalpolitischem Gebiete Sünden begangen worden sind, an
denen das Gemeinwesen noch Jahrzehnte lang franten wird,
Sünden, zurückzuführen auf das im Rathaus etablierte Geld-
ladsystem, das die breiten Schichten von der Mitbeteiligung
ausgeschlossen hat, hat Dr. L. sich erlaubt, auf verschiedene Mißstände
hinzweisen und so etwas wie „geroden“ werden. Ferner
soll Herr Dr. L. — zu einem gewissen Preis — und sich in dem
Milieu des Altonaer Bürgertums nicht möglicherweise haben,
sondern mit seiner ebenfalls nur „einfachen“ Frau die
Prominenten gemieden haben.

Wer so „schuldbeladen“ dasteht, wird von Geldsack-
progen schlimmig in die Wüste expediert. Und Altona ist ge-
rettet ...

Eine preußische Verfügung zum Vereinsgefetz. Der Minister
des Innern hat eine Verfügung erlassen, nach der die Genehmigung
von Ausfällen der Schuhjungen, Studenten und Kriegervereine
ohne weiteres die Erlaubnis zum Tragen von Waffen in sich
schildert. Die Frist zur Einholung der Genehmigung zur Abhaltung
von Versammlungen unter freiem Himmel wird von 48 auf 24
Stunden herabgesetzt. Als Veranstaltung einer Versammlung unter
freiem Himmel soll es fünfzig nicht angelieben werden, wenn sich an
einer im geschlossenen Raum abgehaltenen Versammlung einige
außerhalb dieses Raumes befindliche Personen beteiligen oder wenn
eine Versammlung, die in einem geschlossenen Raum zusammengetreten
ist, ihre Versammlungen in einem damit zusammenhängenden
Raum anfangt abgeschlossen Hof oder Garten verlegt; eine solche Ver-
fügung darf auch schon vor der förmlichen Konstituierung der Ver-
sammlung erfolgen.

Soldatenmühlhandlungen. Vor dem Kriegsgericht in Koblenz
standen die Unteroffiziere Mangold und Gutschick vom

Trainbataillon Nr. 8. Sie hatten einen Stellvertreter, der etwas schwerfällig und infolge von Matratze in der Ausübung eines zuvor zurückgeblieben war, nachte, als alles fest, in frischer Weise ins Bett überfallen und ihn durch ständiges auf den entblößten Körper geführte Stoßfeste schwere Misshandelt. So gehornteisstoll, wie sie gekommen waren, verschwanden sie wieder. Der Mörser meldete den Nebensoll gar nicht, da er sich offenbar vor den beiden Beleidigern fürchtete. Die Sache kam erst durch den revidierenden Arzt heraus, der die blutunterlaufenen Stellen und Beulen sah. Das Kriegsgericht verurteilte den M. als Antifree zu zwei Monaten Gefängnis und Degradation, den C. zu 48 Tagen Gefängnis.

Der Generalstaatliche Ankläger von dem nämlichen Trainbataillon hatte einen Soldaten geblägten, daß der Mann hinzugezogen und sich eine Röteverarbeitung zugesetzt. Das Gericht erkannte auf 3 M. Geldstrafe. Der Soldat ist durch den Sturm teilweise invalide geworden, wofür er auf den zivilrechtlichen Weg verzweigt wurde. Das Gericht sprach den Schlag als „Ohrfeige“, die gewöhnlich nicht als Straftat bestehen.

Militärkastell. Die Militärbehörde in Hanau a. N., die bisher schon gegen alle Gewerkschaften, die der Sozialdemokratie gut Verhältnisse standen, in rigoroser Weise vorging, hat den Vorfall auch auf die Gewerkschaften ausgedehnt. Am 2. Februar wurde der Vorfall über ein Dokument verhängt, das den Gewerkschaften offen steht. Gleichzeitig wurde der Vorfall über die Volksversammlungen im Stadttheater ausgeprochen. Bei den bishergigen Vorstellungen wiegte die Militärkapelle mit; dies wurde jetzt verboten.

Kleine politische Nachrichten. In der Generalsversammlung der Österreich-Ungarischen Bank traten die österreichischen Abgeordnete durchweg für die Beibehaltung des gemeinsamen Instituts und gegen die Errichtung einer Karlsbank ein. — Der südafrikanische Nationalkongress beschloß am Dienstag keine Sanktionen mit einem einzigen Abstimmungskompromiß, das Südafrika drei Hauptstadt verleiht; Kapstadt wird zum Sitz der gesetzgebenden, Pretoria zum Sitz der administrativen Verwaltung erhoben. In Bloemfontein wird das Bundesgericht sogen. Der Entwurf der Verfassung ist nächste Woche veröffentlicht. Ende März den verabschiedeten Parlamen ten vorlegt und nach Billigung einiger Änderungen dem Reichskonsortium unterbreitet werden, so daß der Bundesstaat im nächsten Jahre eine vollendete Tatsache sein wird. — Die gelegende Versammlung in Sacramento hat mit 48 gegen 28 Stimmen die sich gegen die Japaner richtende Gesetzesvorlage, die den Freunden des Landesverbands in Kalifornien verbotet, abgelehnt.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Ungarische Opposition.

Budapest, 3. Februar. Am Abgeordnetenhaus wurde bei Eröffnung der Sitzung der Ministerpräsident Freiherr v. Bienerth bei seinem Eröffnen von den Tschechisch-Radikalen mit dem Rufe: „Abzug Wiens!“ empfangen. Er ergriff sofort nach Einbringung der Gesetzesvorlage über den Sprachgebrauch sowie über die Errichtung der Kreisregierungen in Böhmen und Mähren.

Bienerth führte aus: Wir stehen an einem überaus ernsten Wendepunkt. Es muß sich entscheiden, ob der nationale Zweck in Böhmen sich wie eine arge Krankheit fortstrecken soll oder ob mit feiner weniger so weit Herr werden können, daß eine ungehörige Verwaltung und ein dauerndes erzielbares Zusammenarbeiten der Parteien im Parlament und Regierung ermöglicht wird. Die Fragen, um die es sich in den vorgelegten Gesetzesentwürfen handelt, sind gut entschieden. Die Vorlagen der Regierung bilden ja auf jeden die ganze Bilanz der bisherigen nationalen Kämpfe in Böhmen. Sie durch die Gesetze angebaute Regelung wird unter allen Umständen besser sein, als die bisherige Regellösung. Wir brauchen heute mehr denn je eine Zusammenarbeit aller erhaltenen und schaffenden Kräfte im Parlament, die am sichersten erreicht werden würde durch eine unmittelbare Mitwirkung der Parteien an der Regierung. Es ist klar, daß die parlamentarischen Parteien, die sich durch Herstellung des nationalen Friedens so große Verdienste erworben haben, auch ihren Anspruch auf eine unmittelbare Mitbestimmung des Staatswillens begründet haben. Wird dieser Erfolg erreicht, so wird er diesem Hause des allgemeinen Wahlrechts zur Ehre, den österreichischen Völker zum Ruhm und dem Vaterlande zum Segen gereichen.

Während der Rede Bienerths verurteilten die Tschechisch-Radikalen durch Schreien und Peifen unaufhörlichen Lärm. Das läutete vornehmlich auf einer Fahrradglocke. Darauf setzte eine Scharre in Bewegung. Die Christlichsozialen nahmen die Rede mit Beifallsbekundungen auf. Der Ministerpräsident wurde schließlich von vielen Seiten bedrängt.

Ungaral und Richmann beantragten die sofortige Eröffnung der Sitzung über die Regierungserklärung. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Darauf wurde die Sitzung zur Eintragung der Redner in die Rednerliste eine halbe Stunde unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung protestierten Thoc, Ira und Stančák gegen die sofortige Verlesung der Erklärung des Ministerpräsidenten und beantragten die Fortsetzung der Verhandlung über die Dringlichkeitsentschließung. Der Präsident berief sich auf den einstimmigen Beschluss des Hauses. Sein protestierte gegen diese Auffassung, erklärte sich aber im Interesse der Wichtigkeit des nationalen Friedens für die Einhaltung des Beschlusses.

Der Präsident erklärte darauf Wafarit, als dem ersten Redner Tonito, das Wort. Die Tschechisch-Radikalen riefen ununterbrochen: „Abstimmung lassen“, gingen und litten unanständig, so daß Wafarit am Sprechen verhindert war. Prostzen den Christlichsozialen und den Tschechisch-Radikalen kam es zu einem Handgemenge, doch wurden die Streitenden getrennt. Vizepräsident Steinmetz erließ eine Befehlssatzung eines Ordnungsmaßnahmen. Der Raum dauerte jedoch fort. Die Tschechisch-Radikalen gebrauchten ununterbrochen Rufe und Schreien. Von Zeit zu Zeit erlöschten gellende Pfeiffe. Der Abgeordnete Wafarit schickte ununterbrochen in einer Trompete. Brodza und Sámid verfestigten Thoclos aus Papier und worten sie den Tschechisch-Radikalen zu, die sie zurückdrängten. Um 4 Uhr stellten die Tschechisch-Radikalen den Raum ein. Präsident Weissfischer erklärte Wafarit, keine Rede fortzuführen. Dieser wünschte jedoch, sie erst morgen fortführen zu dürfen. Der Präsident erklärte, dem Rednern trocken zu wollen und brach die Verhandlungen ab. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Böhmen.

Budapest, 3. Februar. Abgeordnetenhaus. Ministerpräsident Bienerth erklärte auf eine Interpellation der Oppositionspartei über die Neueröffnung des österreichischen Ministerpräsidenten über das Verhältnis Böhmens zu Ungarn und Österreich, daß ein zweiter Gesetzesentwurf über Böhmen Ende Februar vorgelegt werden solle. (Bienerth: „Abholung der Entscheidung“) Der Redner sagte weiter, er halte es nicht für angemessen, gegen den österreichischen Ministerpräsidenten zu polemisiere, da dessen Staatsregierung vielfach abweiche. Dem ungarischen Standpunkt gegenüber seien beide verpflichtet sein, nach außen in gewissen Angelegenheiten vereint zu vorgehen. Dieser Standpunkt werde von der ungarischen Regierung konsequent fortgehalten. Von der Antwort wurde Kenntnis genommen.

Belgien.

Brüssel, 3. Februar. In der heutigen Kommissiontagung brachte der Kriegsminister General Delebecq einen Gesetzesentwurf über die dringende Billigung eines Kreises von 9 Millionen Franken für die Antwerpener Befestigungswerte ein. Ferner wird

mitgeteilt, daß in der Plenarsitzung der Gesetzesentwurf des Barons Enç, dagegen, die Prüfung der Militärfrage einem Ausdruck zu überweisen, in der S. Union abgelehnt wurde. Der Kabinettchef hat vor einigen Tagen erklärt, im Falle der Abstimmung dieses Antrages werde die Regierung die Abstimmung in dem Sinne auslegen, als billige die Stämme die von dem Kriegsminister angeführten Zahlen, die die Unzulänglichkeit des Effektivheeres betonen. Anfolgendes dürfte die Regierung in den allerhöchsten Tagen einen Gesetzesentwurf über die Erhöhung des Effektivheeres einbringen.

Balkan.

Der russische Vermittlungsvorschlag.

Petersburg, 3. Februar. Im einzelnen Blättern des Auslands sind über Russlands Vorschlag, die finanzielle Vermittlung im türkisch-bulgarischen Konflikt zu übernehmen, Bemerkungen angesetzt worden, wobei auf von angeblich vorhandene Absicht der russischen Regierung hinausgehen wurde, die Vermittlerrolle zur Vermittelung ihrer bevorzugten politischen Pläne, beispielhaft zur Lösung des Meerengenfrage, zugunsten Russlands auszunutzen.

Die R. T. A. ist ermächtigt, „aus ökonomischen Gründen“ zu erklären, daß der genannte Vorschlag lediglich die Erhaltung des Friedens beweist und daß die russische Regierung keineswegs beabsichtigt, hier mit irgend welcher Forderung in der Meerengenfrage noch überhaupt anderen besonderen Zielen zu verknüpfen“.

Wien, 3. Februar. Von ihrer Übersetzung über den russischen Vorschlag für eine Vermittlung zwischen der Türkei und Bulgarien hat sich die bessige Diplomatie ein wenig erholt. Die offiziellen Auskünfte sind auf einen Ton gekommen, daß die Türkei vielleicht doch bereits Geld zur Löschung aller Schulden voreilt. Bulgarien habe keinen Grund, sich über die russische Bevorzugung zu kritisieren, und Europa sich kein Interesse bilden werde über das Wiederherstellen Russlands. Der russische Vorschlag ist erheblich bezahlt hat. Lopuchin will für seine Entsendungen hohe Rente. Er wird jetzt beschuldigt, ebenfalls der sozialrevolutionären Partei angehört zu haben, also Mitglied einer Partei genutzt zu sein, die den Umsatz der bestehenden Staatsordnung aufreibt. Die Anfrage läuft sich mehrheitlich zweckmäßig auf denselben Griechengraphen, aus Grund dessen die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma verurteilt wurden.

Petersburg, 3. Februar. Zwei Brüder Lopuchin und Lopuchin junior bewilligen sich die Haftentlassung Lopuchins auf hohe Rente zu erreichen. Alle Anstrengungen sind aber gescheitert. Lopuchin des Landessvereins angeklagt wird. Die Untersuchung wird mindestens drei Wochen dauern. Lopuchin ist nur dafür, die ihm verliegt von einem Vertrauensmann gestellt werden, da er Vergiftung fürchtet.

Sozialrevolutionäre ihm um Auskunft über Neues erschienen, Lopuchin lehnte die Auskunft ab und erfuhr dann, daß der Ministerpräsidenten Stolypinbrieflich, ihm von seiner Rechtfertigung durch Agow und die politische Polizei zu befreien, hatte, den Mut, nach Paris zurückzuschreiten und vor dem damaligen Verwirrung zu erreichenden. Als er aber sah, daß die Sache eine ungünstige Wendung nahm, und daß sogar sein Verlust bei Lopuchin bekannt geworden war, machte er sich schließlich aus dem Lande. Paris wird erzählt, daß das sozialrevolutionäre Parteigebiet ihm auch diese drei Parteigenossen mit ihrem zusammen verhafteten.

Der Fall steht einzur. Auch war seit etwa einem Dutzend Jahren als Revolutionär, als Mitbegründer der sozialrevolutionären Partei und der sozialrevolutionären Kampforganisation, sowie als Beranglicher terroristischer Anschläge tätig und stand daher zugleich als Spiegel in Diensten der russischen Polizei. Seit jenen Jahren war er Mitglied des Zentralausschusses der sozialrevolutionären Partei und als solcher in alle ihre Geheimnisse eingeweiht. Nachdem er in beiden Rollen, sowohl als Revolutionär als auch, wie sich herausstellt, als Spiegel fast übermenschliche Energie und Willenskraft an den Tag legte. Man erzahlte, er habe von der russischen Regierung 100.000 Franc erhalten. Wenn das nicht ist, dann muß man gefeiert, daß die Regierung seine Freiheit direkt bezahlt hat. Lopuchin will für seine Entsendungen hohe Rente. Er wird jetzt beschuldigt, ebenfalls der sozialrevolutionären Partei angehört zu haben, also Mitglied einer Partei genutzt zu sein, die den Umsatz der bestehenden Staatsordnung aufreibt. Die Anfrage läuft sich mehrheitlich zweckmäßig auf denselben Griechengraphen, aus Grund dessen die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion der zweiten Duma verurteilt wurden.

Petersburg, 3. Februar. Zwei Brüder Lopuchin und Lopuchin junior bewilligen sich die Haftentlassung Lopuchins auf hohe Rente zu erreichen. Alle Anstrengungen sind aber gescheitert. Lopuchin des Landessvereins angeklagt wird. Die Untersuchung wird mindestens drei Wochen dauern. Lopuchin ist nur dafür, die ihm verliegt von einem Vertrauensmann gestellt werden, da er Vergiftung fürchtet.

Die politische Lage in Italien.

Rom, 1. Februar.

1. Nur ganz langsam fängt das politische Leben des Landes an, sich nach der großen Erstürmung zum Gleichgewicht und zu kleinen Sorgen des Alltags zurückzufinden. Ganz allmählich häuft sich der Einfluß der großen libitalienischen Räte und der kleinen Räte, gewinnen wieder die Oberhand. Wie sich in den nächsten Tagen zu erkennen, kann die Befreiung der Wahlberatungen, besonders die Wahlberatungen der Räte, nicht mehr, als die Ereignisse der letzten Politik die Stellung des Ministeriums und seine innere Sicherheit ungewisheit eröffnet haben.

Die Entscheidung der österreichischen Regierung, die unzulängliche Juristin in Wien zu errichten, hat natürlich wieder die öffentliche Meinung in Italien in hohem Maße unbefriedigt gemacht. Unter allen Umständen hätte man diese Haltung des österreichischen Staates, die geradezu dazu angelegt scheint, Italien vor den Angreifern, gegen das Ministerium ausgeschlagen; besonders bemerkenswert aber der Unwillen gegen das Ministerium in diesen Tagen. Tiztoni ausdrücklich in der Kammer erklärte, er habe im österreichischen Kabinett das bindende Versprechen einer befriedigenden Beilegung erhalten. Durch diese Erklärung hat Tiztoni im Gegensatz die Kammer beschwichtigen können. Es ist nur billig, daß man von ihm Bedenken über das nicht eingehaltene Versprechen hat.

Möglichweise ist der italienische Minister des Innern vor der österreichischen Regierung genößt worden, was ihm ja seine andere Rolle passiert ist. In diesem Falle ist es nicht erstaunlich, warum die Kammer einem Minister ihr Vertrauen erheben sollte, dessen Spezialität es ist, sich zum Schaden Italiens zum besten zu machen und dann die Ränder durch Kompromisse gewaltsam unterdrücken. Wiede (Wiede) griff die Griechen an, da er höchstens, als er sich gegen die griechischen Regierung zu frustrieren, obgleich sie militärische Unterwerfung leiden. (Nunzio.) Wiede wurde zur Ruhe kommen, wenn die Regierung das Patriarchat abschafft und völlige Religionsfreiheit einführt.

Darauf wurde die Diskussion geschlossen und eine Tagessitzung angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, strenge Maßregeln zu Unterdrückung des Bandenkreises zu ergreifen und einen Gesetzesentwurf zur Löschung der Kirchenfrage auszuarbeiten.

Australien.

Lopuchin-Nicola.

Russ. Petersburg wird der V. St. B. Ig. folgende Darstellung des Zusammenhangs zwischen Agow und Lopuchin übermittelt: Es war ein eigenartiger Einfall des allmächtigen Ministers Plehwe, Kriegsministerowitsch Lopuchin, einer der heraufragendsten Staatsbeamten und Sprößling eines hochkaristostatischen Geschlechts, an die Spize des Polizeidepartments zu stellen. Um unter allen Umständen hätte man diese Haltung des österreichischen Staates, die geradezu dazu angelegt scheint, Italien vor den Angreifern, gegen das Ministerium ausgeschlagen; besonders bemerkenswert aber der Unwillen gegen das Ministerium in diesen Tagen. Tiztoni ausdrücklich in der Kammer erklärte, er habe im österreichischen Kabinett das bindende Versprechen einer befriedigenden Beilegung erhalten. Durch diese Erklärung hat Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern. Von diesem Gebiete her ist Lopuchin seine Wählermasse für die nächsten Wahlperiode wohl kaum gefährlich werden. Aber Lopuchin ist aus nicht gewillt, Tiztoni fallen zu lassen. Weil er nicht weiß, weil er die verfahrenen auswärtige Politik der letzten Jahre billigt, sondern höchstwahrscheinlich aus Rücksicht auf den Kriegskampf. Wieder doch Tiztoni die äußere Spize des Ministeriums nach rechts und sein Verbindungsfeld mit den Rittern

posten: Beleidigt uns die Macht, um Deut und Maxine den Antragungen gemäß auszustatten, die Regierung selbst hat ja seit Jahren die Unzulänglichkeit unserer Militärausgaben herorgehoben.

Die Antwort könnte nun so eher auf ein gutes Budgetum zu rechnen,

das Verhalten Österreichs wahrscheinlich nicht danach angesehen ist,

irredentistischen Gewalttaten Italiens zur Ablösung zu bringen,

wird gerade unserer Partei die wichtige Aufgabe zufallen, den

Italienern wie den Heiligenen entgegenzutreten, die aus dem

neuen Unglück wie aus dem provokatorischen Verhalten Österreichs

neue Mittel für den Militarismus zu gewinnen hoffen.

Vielf erster als die parlamentarischen Sorgen sollte die Regierung die finanziellen Folgen des Erdbebens nehmen, die wirklich gezeigt sein sollten, den Gedanken an neue Militärausgaben kommen zu lassen. Regierung, Kommunalverwaltung, die aus dem Erdbeben erhalten zur Stunde nicht weniger als 120 000 Flüchtlinge aus dem Erdbebengebiet, was einer täglichen Ausgabe von 200 000 R. gleichkommt. Die Militärdepots haben am Sonntagmorgen gestrichen, ein Ausfall der in längster Zeit durch Neuauflagen gedeckt sein muss. Dazu kommen die zugunsten der Erdbebenproblemen auftretenden neuen Steuern, die in erster Linie Handel treffen, und kommen weiter die 80 Millionen, die von einem Budgetüberschuss des Finanzhauses 1907/08 für Kalabrien und Sizilien ausgeworfen wurden. Die Entsendung von über 20 000 zum Soldaten und fest der gefallenen Kriegs- und Handelsflotte in die Erde, die fast einmonatige Unterhalt dieser Truppen verhindert ihre Garnisonen bringt natürlich jeweilige Ausgaben nach. Und das alles ohne der wirtschaftlichen Schädigung zu geben, die unmittelbar von der Verwüstung des Erdbebens herrührt, der einen Geldwert ein Professor an der Universität Rom, Pontifical, auf 1 Milliarde berechnet. Wenn auch ein Land von der wirtschaftlichen Energie und Fähigkeit Italiens an einem derartigen Schaden nicht zugrunde gehen kann, so handelt es sich doch um Aufgaben, deren Lösung jeder Regierung höher stehen sollten als die Verteilung des nächsten Wahlkampfes.

Über jedes Ministerium will sich zunächst die Fortdauer seiner Ressorts hinsetzen. Dies durch ein Wahlprogramm zu tun, das den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Landes Rechnung trägt, das frei ist in einem sentimentalismus, den der Geist der Stunde verbietet, ob gleichzeitig frei von der oben und stümpern Politik der blinden und willkürlichen Besteuerung des Lebensnotwendigen, und der produktiven Kräfte des Landes — dazu gehörte ein anderer Mann als Giolitti, der jedoch vor allem ein anderes politisches Milieu. Die italienische Regierung von heute läßt sich nicht um die Fähigkeit eines Programms, ob sie es auch nur die eines Klassenprogramms, scheren. Sie versteht unter Politik nur ein Spiel der Cliques und den Kuhhandel der kleinen Interessen. Diesem kleinen politischen Material entspricht das Ministerium, Es konzentriert jetzt seinen ganzen Schwerpunkt auf eine geschickte Wahlbereitung. Auf diesem Gebiet ist nichts Weiters. Die unter seiner Präsidentschaft vollzogenen Wahlen zeigen die Rückbildungsfähigkeit der Regierungspressuren bestätigt blieben. Auf diese keine Rücksicht kostet Giolitti viel mehr als auf ein Programm, und wird auch mit ihr am weitesten kommen.

Sie trifft diskutiert die italienische Presse bis Frage nach am Zeitpunkt der Wahlen. Ein vom Standpunkt ministerialistischen Empfehlenswerten Wahlmonat ist der Mai; man traut dann die neue Kammer, die für jedes Kabinett etwas ungünstiges hat, im Juni ein, beschäftigt sie mit der Budgetbewilligung und schickt sie bis November in die Ferien. Ob zum November kommt dann das Ministerium in dem neuen Parlament schon aus, hat einen Teil der unsicheren Kantonen schon auf seine Seite gebracht, ob es kommt einige Hoffnung, die alte Erfahrung nicht bestätigt zu haben, wenn ein Ministerium mit der Kammer regiert, die unter ihrer Herrschaft genutzt wurde.

Von den bevorstehenden Wahlen wissen wir nur das eine, daß Giolitti seine liberale Wahl nicht ausspielen, sondern sich immer mehr auf die realitätsnahe Elemente des Landes stützen wird. Die jüngsten Amnestiegeregelungen zeigen deutlich, auf welcher Seite Giolitti positioniert steht. Ob im März, im Mai oder November, immer werden die Wahlen von der Regierung so vorbereitet und überwacht werden, daß die sozialistische Partei und ihre Kandidaten einen sehr weiten Stand haben dürften. Kein Wahlprogramm, das die Wähler besticht, steht unserer Partei gegenüber, aber die eisernen Faust politisch, der es verstanden hat, fünf Jahre lang eine Kammer zu regieren, und das das neue Parlament nach dem Willen des alten möglichen.

Allgemeiner Bergarbeiterkongress.

Berlin, 3. Februar 1909.
Um heutigen dreiten Verhandlungstage stand als letzter Punkt der Tagordnung:

Erbot und Bestrafung der schwarzen Listen insbesondere und der dauernden Spesen.

Referent ist der Vorsteher der politischen Berufsvereinigung sozialistischer Bergarbeiter: Wenn die Arbeitgeber fast kosten, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, so haben wir Arbeitnehmer nichts dagegen, um das um wir ja auch. Aber wenn sie einen Gehilfen haben, dessen Brodt ist, bis einzelnen Arbeitern droht zu werden, so verhindert das gegen die Gesetz und die guten Leute. Bei den schweren Arbeiten steht nicht Wacht gegen Platz, nicht eine Organisation gegen die obere Organisation, sondern die Gehilfen gegen die einzelnen Arbeitern, die sie meist nichts weiter abzuholen kommen lassen, als daß sie einer Organisation anhören oder die Interessen ihrer Arbeitskollegen vertreten haben. Gleich der Bergarbeiterstand der angelegte Stand in Deutschland, seien es so soweit gekommen, daß ein Herr Ahne in einer solchen Art Vorschlag zu machen wolle, an Stelle von Polen und Russlandern Gußarbeiter in den Bergwerken beibehalten. (Platz-Rufe.) Dadurch würde man einen Bruch von 20 Millionen herauftreiben. (Lachen und Gelächter.) Dann der Sozialistische Bund heute seine Worte hat, gegen die Gehilfen zu bestreiten vorzugehen und gegen die schwarzen Listen, so müßte die Reichsbürger Sorge tragen, daß den bestehenden Gelehrten keine Arbeit mehr geben. Vor allem sollte die Regierung die bestehenden Gesetze ausbauen, daß in Friedenszeiten die Ausperrungsmaßnahmen unter Strafe gestellt werden. Wir können von der Regierung verlangen, daß sie sich unterstellt, weil der Staat nicht auf den Schultern der Arbeitnehmer ruht, die das Geld haben, sondern auf den Schultern der anderen. (Gelächter und Lachen.)

Im Berichtswort führte der Referent Sosinsky aus: Die Verhandlungen haben ergeben, daß die schwarzen Listen nicht dem Rechtsstreit der Arbeitnehmer dienen, sondern in erster Linie gegen die Arbeitnehmer eingewandert werden, die sich möglichst gemacht haben. Staatssekretär v. Weltmann-Gollwitz würde ein ganz anderes Bild über diese Dinge bekommen haben, wenn er hier den Verhandlungen beigewohnt hätte. Wenn nicht bald Stimmberechtigung besteht, dann werde sich der alte Spruch bewahrheitet: „Alle sitzen still, wenn der Bergmanns Arm es will!“ (Lachen und Gelächter.)

Hierzu wurde folgende Resolution einstimmig an-

genommen:
Die Vorgänge in den letzten Jahren haben gezeigt, daß die Bergarbeiter fast in allen deutschen Bergwerksbezirken Organisationen gesäßt haben mit dem ausgesprochenen Ziel, ihnen mithilfenden Arbeitern auf lange Zeit von der Arbeit auf den Gruben auszuhilfen bzw. droht zu machen. Diese Organisationen der Bergarbeiter üben ihre Tätigkeit nicht öffentlich aus,

sondern unter grütesten Geheimhaltung ihrer Pläne und Handlungen. Nebenfalls sind die Grubenbesitzer selbst der Überzeugung, daß ihre Ausperrungsmaßnahmen mißliegenden Arbeitern gegenüber nicht nur der allgemeinen Volkssouveränität, sondern auch den bestehenden Gesetzen widersprechen, vornehmlich dem Geist des § 152 der Gewerbeordnung, den §§ 826 und 226 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wie dem der öbigen Nachrede (§ 150), dem Rötzinger-Vorgraphe des deutschen Strafgesetzbuchs und tatsächlich dem Freiheitsstrafgesetz.

Diese geheimen Grubenbesitzer-Organisationen gehen aber nicht nur gegen kontraktive Arbeitnehmer mit Ausperrungen vor, sondern sie sprennen auch Arbeitern aus, die sich wegen eines Kontraktbruchs noch sonst einer gelegentlichen Handlung oder Vergangen gegen die Arbeitsordnung ausführen haben können lassen. Beispiele zeigen, wie die Gehilfenbünde der Grubenbesitzer auch solche Arbeitnehmer aussperren, die nichts weiter verbrochen haben, als ihr Sozialistische oder sonstige gesetzliche Rechte zu wahren. Ist es nun schon hart und gelegentlich kontraktiver Arbeitnehmer auf Monate hinaus außer Post und Arbeit zu bringen, wieviel schlimmer, wenn durch die Ausperrung Arbeitnehmer betroffen werden, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, was eine Ausperrung berechtigte.

Der Kongress protestiert gegen ein solches Vorgehen der Grubenbesitzer, und da bisher die Staatsanwaltschaft auf Grund der heutigen Gesetze es nicht für nötig hielt, gegen die gesetzwidrigen Handlungen der Grubenbesitzer einzutreten, so erachtet der Kongress die Regierung um so mehr, den bestehenden Gesetzen Achtung zu verschaffen. Vor allen Dingen aber soll die Reichsregierung daran gehen, die bestehenden in Frage kommenden Gesetze so auszubauen, daß die Ausperrungsmaßnahmen der Grubenbesitzer, wie sie sogar in wirtschaftlichen Friedenszeiten belichtet wird, ein Ende bereitet wird. Wer Arbeitnehmer in solcher Weise aussperren, wie es bisher geschehen ist, muß unter Strafe gestellt werden, wie auch ausgeschlossen werden muß, daß den Arbeitern volle und wirkliche Freiheit und Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte und Pflichten gewährt wird.

U. Sosinsky.

Budgetkommission des Reichstages.

Berlin, 4. Februar. (Privattelegramm.) Vor Eintritt in die Tagordnung kam es zu einer kleinen Aussprache über das vierstufige sogenannte zweite Kaiserinterview, das im Taifl Dispatch veröffentlicht war. Der Staatssekretär Schön stellte fest, daß die vielen angeblichen Kaiseräußerungen nicht gefallen seien; daß die falschen Schlüsse auf einen Druckfehler zurückzuführen seien. Durch Dr. Lehmann, der in der Germania über das angebliche Interview geschrieben habe, sei festgestellt worden, daß jene Unterredung mit einem Journalisten nie stattgefunden habe. Unglücklicherweise sei bei der Veröffentlichung das Wörtchen „nie“ fortgefallen. Erzberger bestätigte die Mitteilungen des Staatssekretärs. Im übrigen wurde geträumt, daß ausgerechnet der Freiherr v. Stumm, der sich in diesem zweiten Kaiserinterview so ungeschickt verhalten habe, zum Nachfolger Clemeths, der das Opfer des ehemaligen Kaiserinterviews wurde, avanciert sei.

Die geforderten Ausgaben für zahlreiche Konsulate wurden bewilligt. In Dänen und Fährgeldern für nichtangekündigte Beamte und Unterbeamte wurden 1 200 000 R. geschaetzt. Diese Position wurde lebhaft kritisiert; nach längerer Debatte wurden 25 000 R. gestrichen.

Dritte Lesung der preußischen Besoldungsvorlage.

Berlin, 4. Februar. (Privattelegramm.) Nach dem bisherigen Verlauf der heutigen Debatte im Abgeordnetenhaus ist sicher anzunehmen, daß die Beschlüsse der zweiten Lesung zur Annahme kommen, Änderungen sind nur insofern zu erwarten, als die Lehrerinnen und Buchhalterinnen bei den Gefangenissen der Justiz und der Strafanstalten etwas besser gestellt werden.

Gegen die Arbeitslosenrente. Gelangt es, die jetzige Erbschaftsteuer aufzubauen, um so besser sei dies. Graf Schwerin (cons.) meint, die Verhandlungen zeigten, daß der von seinen Freunden empfohlene Weg der gangbarste sei. Die indirekten Steuern sollen dem Reich bleiben, die direkten sollen vollständig den Einzelstaaten überlassen bleiben. Der Artikel 35 der Verfassung verlange, daß die 450 Mill. zur Durchführung der Reichsfinanzreform aus indirekten Steuern geholt würden. Dann hätten wir noch nicht so hohe indirekte Steuern wie Frankreich. Auf den Kopf der Bevölkerung lämen dann nur 8 M. indirekte Steuern mehr. Der Preis fürne durch Verbrauchssteuern getroffen werden. Eventuell könnten auch die Matrikularkosten berechnet werden. Freilich werde es sich erst zeigen, wie dies zu ermöglichen wäre. Staatssekretär Ehdon erklärt, die Vorlage verstöre nicht gegen § 35 der Verfassung. Danach steht dem Reich die ausführliche Ausübung der indirekten Steuern zu, verbietet aber nicht den Weg der direkten Steuern. Auch der Charakter des sozialen Staates würde dadurch nicht beeinträchtigt. Nächste Sitzung morgen früh 10 Uhr.

Budgetkommission des Reichstages.

Berlin, 4. Februar. (Privattelegramm.) Vor Eintritt in die Tagordnung kam es zu einer kleinen Aussprache über das vierstufige sogenannte zweite Kaiserinterview, das im Taifl Dispatch veröffentlicht war. Der Staatssekretär Schön stellte fest, daß die vielen angeblichen Kaiseräußerungen nicht gefallen seien; daß die falschen Schlüsse auf einen Druckfehler zurückzuführen seien. Durch Dr. Lehmann, der in der Germania über das angebliche Interview geschrieben habe, sei festgestellt worden, daß jene Unterredung mit einem Journalisten nie stattgefunden habe. Unglücklicherweise sei bei der Veröffentlichung das Wörtchen „nie“ fortgefallen. Erzberger bestätigte die Mitteilungen des Staatssekretärs. Im übrigen wurde geträumt, daß ausgerechnet der Freiherr v. Stumm, der sich in diesem zweiten Kaiserinterview so ungeschickt verhalten habe, zum Nachfolger Clemeths, der das Opfer des ehemaligen Kaiserinterviews wurde, avanciert sei.

Die geforderten Ausgaben für zahlreiche Konsulate wurden bewilligt. In Dänen und Fährgeldern für nichtangekündigte Beamte und Unterbeamte wurden 1 200 000 R. geschaetzt. Diese Position wurde lebhaft kritisiert; nach längerer Debatte wurden 25 000 R. gestrichen.

Dritte Lesung der preußischen Besoldungsvorlage.

Berlin, 4. Februar. (Privattelegramm.) Nach dem bisherigen Verlauf der heutigen Debatte im Abgeordnetenhaus ist sicher anzunehmen, daß die Beschlüsse der zweiten Lesung zur Annahme kommen, Änderungen sind nur insofern zu erwarten, als die Lehrerinnen und Buchhalterinnen bei den Gefangenissen der Justiz und der Strafanstalten etwas besser gestellt werden.

Gegen die Arbeitslosenrente.

Berlin, 4. Februar. (Privattelegramm.) Der Magistrat schlägt vor, daß Wärmehallen noch nicht gebaut sind, den hiesigen Arbeitslosen unentgeltlich Kohlen zu liefern, was jedoch nicht als Armutserhöhung gelten soll. Bei der Sitzung bedurfte die Schule in der sollen häufig alle vorgeschlagenen Kinder berücksichtigt werden.

Polizeibefreiungen.

Hamburg, 4. Februar. Der Polizeipräsident von Altona erklärte, daß er nach den Unklarheiten der Sozialdemokraten, daß sie am Donnerstag Wahlrede-Demonstrationen begehen würden, umfassende Maßnahmen getroffen habe und darum dringend bitte, es möchten keine tödlichen Angriffe auf die Schuleute erfolgen, gegen die sich die Schuleute durch Waffengebrauch verteidigen müssten.

Eine englische Kabinettskrise?

Berlin, 4. Februar. Der Magistrat schlägt vor, daß Wärmehallen noch nicht gebaut sind, den hiesigen Arbeitslosen unentgeltlich Kohlen zu liefern, was jedoch nicht als Armutserhöhung gelten soll. Bei der Sitzung bedurfte die Schule in der sollen häufig alle vorgeschlagenen Kinder berücksichtigt werden.

London, 4. Februar. Daily Chronicle gibt heute Geschichte wieder, wonach möglicherweise eine Kabinettsschiff einzutreten und drei Minister aus ihren Komiteen scheiben würden. Es sei, so schreibt das Blatt, ungewiß, ob ein scharfer Gegensatz hinsichtlich der Marineforderungen vorhanden, Einige Minister, dem Vernehmen nach der Staatssekretär für Indien, Morley, der Finanzminister Lloyd George, der Handelsminister Churchill und der Präsident der Kolonialverwaltung, Burns, hätten das Schiffbauprogramm der Admiralsität für zu weitgehend.

Die Gegner dieses Programms seien der Meinung, daß die Schiffe schneller gebaut würden als sie mit ausgebildeter Mannschaft verkehren werden könnten und daß die Einbringung eines umfangreichen Schiffbauprogramms gleichzeitig mit dem Besuch des Königs in Berlin die Wirkung dieses Besuches beeinträchtige.

Der russische Vermittlungsvorschlag.

Wien, 4. Februar. Der Allgemeine Zeitung wird von einem Diplomaten mitgeteilt, Oesterreich habe dem russischen Gesandten, der den Vorschlag Russlands überbrachte, erklärt, die österreichische Regierung werde den Vorschlag in Sofia nicht zur Annahme empfehlen können.

Persien.

Tehran, 4. Februar. Gestern ist hier eine vom Provinzialamtband zu Isfahan versammelte und an sämtliche Gesandtschaften gerichtete Birkulardepeche eingetroffen. Sie besagt, die hiesiger Vertreter der Mächte möchten ihren Regierungen mitteilen, daß das Volk weder Ansprüche noch Konzessionen als rechtsgültig anerkennen werde, bevor der Schah nicht ein verfassungsmäßiges Parlament einberufen habe. Man würde dem Schah nicht eher glauben, bis er die Einberufungsurkunde genehmigt und unterzeichnet hätte.

Hochwasser.

Erlangen, 4. Februar. Das plakat über Nacht hier eingetragene Hochwasser hat bei einigen Anwohnern der sogenannten „Fischerei“ schweren Schaden angerichtet. Die Gebäude standen bis zur Brücke am Schulpforte und das Wasser floß über die Ufer des Mühlgrabens undfüllte alle Kelleräume der niedriggelegenen Wohnungen. Die Möbel schwammen teilweise im Wasser. Das Wasser stand auf den Straßen zeitweise einen Meter hoch. Die Feuerwehr mußte alarmiert werden.

Heiligenstadt, 4. Februar. Aufgrund der Vorfälle führen Gelehrte und Studenten mit dem Vorleser zusammen, der die Vorlesung am 4. Februar, mittags 12 Uhr.

Barometer: 740. Regen, Wind.

Thermometer: +6° R.

Thermometroglobus: Min. +3, Maxim. +6.

Hygrometer: 82%.

Wetterstand: — 178.

Wetterbericht von der Wetterküche am der Augustusbrücke

am 4. Februar, mittags 12 Uhr.

Wetterbericht: 740. Regen, Wind.

Thermometer: +6° R.

Thermometroglobus: Min. +3, Maxim. +6.

Hygrometer: 82%.

Wetterstand: — 178.

Wetterbericht von der Wetterküche am der Augustusbrücke

am 4. Februar, mittags 12 Uhr.

Wetterbericht: 740. Regen, Wind.

Thermometer: +6° R.

Thermometroglobus: Min. +3, Maxim. +6.

Hygrometer: 82%.

Wetterstand: — 178.

Wetterbericht von der Wetterküche am der Augustusbrücke

am 4. Februar, mittags 12 Uhr.

Wetterbericht: 740. Regen, Wind.

Thermometer: +6° R.

Thermometroglobus: Min. +3, Maxim. +6.

Hygrometer: 82%.

Wetterstand: — 178.

Wetterbericht von der Wetterküche am der Augustusbrücke

am 4. Februar, mittags 12 Uhr.

Wetterbericht: 740. Regen, Wind.

Thermometer: +6° R.

Thermometroglobus: Min. +3, Maxim. +6.

H

Görlitzer Waren-Einkaufs-Verein Mehl.

Wir empfehlen in seit Jahren altbewährten, zuverlässigen guten Qualitäten:

Weizenmehl 00	Pfd. 20 Pf. 8 Pfd. 156 Pf.
Feines Weizenmehl 000a	Pfd. 21 Pf. 8 Pfd. 164 Pf.
Prima Kaiser-Auszugmehl	Pfd. 23 Pf. 8 Pfd. 180 Pf.
Feinstes Kaiser-Auszugmehl "Diamant" halbgriß	Pfd. 25 Pf. 8 Pfd. 196 Pf. 5 Pfd.-Beutel 125 Pf. 10 Pfd.-Beutel 240 Pf.
Allerbester Roggenmehl 0	Pfd. 19 Pf.
Superior-Kartoffelmehl, blendend weiß	Pfd. 17 Pf.

Reines Roggenbrot

billiger geworden!

auf der Dobritzer, Pratzschwitzer und Pleschener Brotfabrik, von Gebr. Braune und aus der Hummelmühle bei Kreischa

4-Pfund-Brot von 46 Pf. an.

Vorzüglich kochende Linsen

von leichter Ernte, Pfund 18, 25 und 30 Pf.

Schneidebohnens

Pfund 20 Pf.

Reinlösliches Kakaopulver, Pfund 100 Pf.

Beste Hafermehl-Kakao-Mischung

Pfund 85 Pf.

Dr. Boemers allerfeinste, mit süßem Rahm hergestellte

Tafel-Margarine

fortwährend frisch direkt von der Fabrik eintreffend
Marke 1 Pfund 75 Pf. Doppelcreme Pfund 85 Pf.

Emmericher Stolz, Pfund 95 Pf.

Diese Marke repräsentiert das Beste von Margarine, was es gibt. Sie ist in Qualität unübertroffen und duftet und brennt beim Baden wie Naturbutter.

Allerfeinstes, garantiert reines Schweine-Schmalz, 85 Pfennig

Frischgeschlagenes Leinöl

von bestem Wohlgeschmack, Pfund 40 Pf.

Allerbester slawonisches Pflaumenmus

ganz dick eingekocht und sehr süß, Pfund 22 Pf.

Beste gemischte Marmeladen

Pfund 30 Pf., 5-Pfund-Gitter 145 Pf.

Beste holländische Vollheringe

fett, feinschmeckend und gart, Stück von 4 Pf. an.

Portugiesische, nach Holländer Art gesalzene

Sardellen

1/4 Pfund 38 Pf., 1/2 Pfund 70 Pf., 1 Pfund 135 Pf.

Beste, gut kochende

Kartoffeln, 10 Pfund 38 Pf.

Süsse spanische Apfelsinen

Pfund 15 Pf., Dutzend 40 Pf.

Zucker-Honig

bestes erstklassiges Fabrikat

1-Pfund-Doje 40 Pf., 2-Pfund-Doje 70 Pf., 1-Pfund-Glas 45 Pf.
5-Pfund-Emailtopf 180 Pf.

Auf vorstehende Preise gewähren wir noch
6 Prozent Rabatt in Marken.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Götsche, Reichenbach bei Dresden. — Verantwortlich für den technischen Teil: Heinrich Götsche, Dresden. — Druck und Verlag: Robert & Robert, Dresden.

Arbeiter-Abstinenten-Bund
Ortsgruppe Dresden
Heute Donnerstag, abends 9 Uhr
im Volksbause
Versammlung mit Vortrag.
Gäste willkommen!

Kranken- und Begräbniskasse
der verstorbenen Schuhmacher
zu Dresden (B. H.) 113.
Montag den 8. Februar, abends 8 Uhr
Regelmäßige Generalversammlung
Scheffelstraße 10, I.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht, 2. Rechenschaftsbericht auf das Jahr 1908. 3. Wahl
des Vorstandes nach § 19 des Gesetzes.
4. Wahl von drei Beobachtern
für 1909. 5. Abrechnung
Guthabensbuch legitimiert.
Hermann Töllner, Vorsteher.

Rest. zum Trompeter
Ammonstraße 64.
Freitag Gr. Schlacht-Fest
und Beginn des ff. Bockbier-Ausschanks.

Um recht jährlichem Jubiläum bietet
Der Trompeterort Emil Müller.

E. Schurigs Restaurant
14 Schloßstraße 14.
Großer Mittagstisch.

Freitag: **Schlacht-Fest.**
Verkehrs-Lokal der Modellfischer.

Achtung!
Grosses Schlachtfest

Freit. feiert 8 Uhr: Wollfisch, später
Fr. Wurst u. Fleisch. M. Fisch,
Zauderer Straße 75 B.
Fisch-Götz - Alte Eiche.

Vereine!



Original humoristische
Kopfbedeckungen
in Siedensamtstoff, Dgb. u. 15 Pt. an

Saal-Dekorationen

Girlanden, 7 m, Durchs. 180 M.

Masken und Bärte

Dgb. von 25 Pf. an

Scherzartikel

in reichster Auswahl u. jeder Preis-

lage. Gross. billige Geburtstags-

Zullstriete Krebsfeste gratis.

Ludwig Philippsohn

Dresden 166, Scheffelstr. 20
(nächst Postbank).

Mutterspritzen

Spülkannen u. 1 M. an, Seib-

binden und alle hygienischen

Frauenartikel.

Preise gratis. 10 Brdg. Rabatt

Frau Heusinger

Am See 37. Gute Doppel-Schlafbaracke,

das siekt und das Frau-

Auf Kredit

wöchentliche Abzahlung von

nur 1 M. an, liefert einzelne

Möbel usw. sowie ganze

Wohnungs-Einrichtungen, Tischdecken,

Teppiche, Portiere, Gardinen, Herren- u.

Damen-Garderobe, Schuhe, Bett- u. Leib-

Wäsche, Bettfedern und Daunen.

E. Goldhammer

Wilmser Straße 14, I.

Neu übernommen!

Rossfleisch-Geschäft

Rosenstraße 2

Täglich frische Ware.

Jede alte

Nähmaschine wird wieder gut

repariert, ganz gleich welches

System, garantierte auf gutem Rüben-

und Würschte verbindliche Preis garantiert.

Gust. Glödner, Rauhstraße 27.

Herren-Wäsche

Krawatten, blaue Anzüge

kaufen man am billigsten bei

E. Köhler, Am See 13.

Fernruf 863 Nur ganz kurze Zeit! Fernruf 863

Circus

Sarrasani

die schönste Schau des Erdalls,
wert, meilenweit zu wandern
kommt nach
Dresden!

Voranzeige!

In riesigen eigenen Sonderzügen trifft damals der Circus Sarrasani, Europas schönstes, größtes und berühmtestes Wanderunternehmen hier ein und wird eine ganz kurze Zeit wunderbarer Vorstellungen

in meisterhaft umfertigster Reitkunst, Pferd-dressur, Dressur von Raubtieren, einzigartiger Lauf- und Parterre-Gymnastik, Akrobatik, Equilibristik usw. geben.

Sarrasani's weitbekannte Circus-Gesellschaft zählt 200 Personen

darunter die glänzendsten Sterne des internationalen Artistentums.

Der bewundenswerte Marstall ist für sich allein ein Hauptsehenswürdigkeit allererster Ranges und nicht ausser einer ganz bedeutenden Zahl

edelster Rassepferde

auch eine Unmenge anderer kostbarer, dresorierte Tiere, vi-

10 Elefanten 16 Löwen

Strausse, Gnus, Kamele, Bären, Zebras usw.

In dem eifrigsten Bestreben, auch den verwöhntesten Ansprüchen eines mit Kunstrequisiten und Vergnügungen jeder Art überreich bedachten Grossstadtpublikums vollkommen gerecht zu werden, bietet Circus Sarrasani ein sensationelles, einzig dastehendes, abwechselndes und für die absolut neues Programm

das selbst die kühnsten Erwartungen der Besucher übertreibt.

In allen Grossstädten der Welt sind zahlreiche Agenten und Vertreter eigens für den Circus Sarrasani tätig, um die allerneuesten und sensationellsten Attraktionen zuerst dem Circus Sarrasani, als dem bedeutendsten und berühmtesten Wanderunternehmen zu sichern.

Mit Rücksicht auf die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse und in dem Wunsche, auch dem Allerbesten des Besuches des weiterhin berühmten Circuses zu ermöglichen, verzögert auf die beispiellosen Erfolge, welche die Direktion dadurch in den allergrößten Weltstädten erzielt, sie auch für hier

billige Eintrittspreise

fest. Niemand möge sich aber deshalb von dem Bewußtsein, dass es keinem Unternehmen abhalten lassen, da noch nie hier

dauernde Pausa hervorragendster Schauspieler

aus dem gesamten Gebiete der Circuskunst vereint zu sein war, wie im Circus Sarrasani.

Der ganze Circus, darunter das massive Vorstellungsgebäude für 6000 Zuschauer, Stallungen, Garderobe, Bureau, Café, Büfett werden durch eigene elektrische Kraft auf das feuerhafteste beleuchtet, sind luxuriös gestaltet, bietet daher bei jeder Witterung einen höchst angenehmen Aufenthalt. Sämtliche Räume haben eine Dampfheizungsanlage von 300 qm Fläche und werden von der eigenen wohldisziplinierten und waffentreu ausgerüsteten Circusfeuerwehr bewacht.

Niemand versäume daher die nur im CIRCO SARRASANI mögliche Gelegenheit, sich eines vergesslichen Abends in seinem Leben zu verschaffen.

Mit vollkommener Hochachtung

Die Direktion des Circus Sarrasani.

Eröffnung:

Freitag den 19. Februar 1909, abends 8 Uhr.

Standort:

An der Gorokstraße, neben der Königlichen Kunstgewerbeschule.

Nur ganz kurze Zeit!

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 28.

Dresden, Donnerstag den 4. Februar 1909.

20 Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Gebühren für Versammlungen unter freiem Himmel.

Durch eine Entscheidung des Ministeriums des Innern soll die sächsische Gebührenordnung gegen die Versammlungsfreiheit ausgetilgt werden, wenigstens soweit Versammlungen unter freiem Himmel in Betracht kommen, die der Genehmigung bedürfen.

Einem Genossen in Breitenbrunn waren für die Erteilung der Genehmigung zur Ablösung einer Verlammung unter freiem Himmel von der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg 8 M. abgefordert worden. Die dagegen eingelegte Beschwerde wies die Kreishauptmannschaft, schließlich auch das Ministerium zurück. Diese weise Entscheidung des sächsischen Ministeriums ist Gegenstand lautet:

Dresden, am 24. November 1908.

Das Ministerium des Innern hat sich im Anschluß an die bei der Kreishauptmannschaft erhobenen Beschwerden des pp. über die Frage, ob im Falle einer Genehmigung auf Grund von § 7 des Reichsvereinigungsbeschlusses die Erhebung einer Gebühr angezeigt ist, dahin ausgesprochen, daß dies nach Ansicht des Ministeriums des Innern nicht nur zulässig, sondern nach dem sächsischen Kostenvertrag sogar geboten erscheint.

Daraus zunächst, daß für sonstige Handlungen bei Behörden im Vereins- und Versammlungswesen nach den §§ 8 und 9 des Gesetzes Kosten nicht angesehen sind, läßt sich nicht ohne weiteres schließen, daß das Reichsvereinigungsbeschluß die Erhebung einer Gebühr angezeigt ist, dahin auszusprechen, daß dies nach Ansicht des Ministeriums des Innern nicht nur zulässig, sondern nach dem sächsischen Kostenvertrag sogar geboten erscheint.

Da sowohl eine rechtsgerichtliche Bestimmung über eine etwaige Kostenfreiheit fehlt, ist die vorliegende Frage zu ausschließlich nach dem sächsischen Kostenvertrag zu beurteilen und zwar — da offenbar weder Artikel 80 noch Artikel 88 des Reichsvereinigungsbeschlusses eine erschöpfende Regelung der im Vereins- und Versammlungswesen zulässigen Kosten geben will — nach § 8 des Kostenvertragsschlußes zu entscheiden, ob im Falle der Genehmigung die Erhebung von Kosten zulässig sein soll; hierfür spricht auch weiter der innere Grund, daß in den Fällen der §§ 8 und 9 der Angeklagte lediglich im öffentlichen Interesse eine Pflicht erfüllt, ohne dabei von der Behörde eine Entschließung auf seine Ansage hin zu verlangen, während er nach § 7 um eine Entschließung der Behörde nachsucht und verdrückt — da die Veranstaltung eines Aufzuges oder einer Versammlung unter freiem Himmel in der Regel nicht im öffentlichen Interesse liegen wird — der Schied eine auch sonst ganz allgemein als kostengünstig angesehene Wahrerhaltung auferlegt.

Da sowohl eine rechtsgerichtliche Bestimmung über eine etwaige Kostenfreiheit fehlt, ist die vorliegende Frage zu ausschließlich nach dem sächsischen Kostenvertrag zu beurteilen und zwar — da offenbar weder Artikel 80 noch Artikel 88 des Reichsvereinigungsbeschlusses eine erschöpfende Regelung der im Vereins- und Versammlungswesen zulässigen Kosten geben will — nach § 8 des Kostenvertragsschlußes zu entscheiden, ob im Falle der Genehmigung die Erhebung von Kosten zulässig sein soll; hierfür spricht auch weiter der innere Grund, daß in den Fällen der §§ 8 und 9 der Angeklagte lediglich im öffentlichen Interesse eine Pflicht erfüllt, ohne dabei von der Behörde eine Entschließung auf seine Ansage hin zu verlangen, während er nach § 7 um eine Entschließung der Behörde nachsucht und verdrückt — da die Veranstaltung eines Aufzuges oder einer Versammlung unter freiem Himmel in der Regel nicht im öffentlichen Interesse liegen wird — der Schied eine auch sonst ganz allgemein als kostengünstig angesehene Wahrerhaltung auferlegt.

Die Kündigungswaffe des Kostenvertragsschlußes läßt aber zwei Ausführungen zu.

Sie kann bedeuten, daß Kosten nach § 8 schon dann zu erheben sind, wenn der Antrag auf Vornahme der Amtshandlung im ausschließlichen Privatinteresse gestellt wird, er kann aber auch bedeuten, daß die Amtshandlung schon dann kostenfrei zu lassen ist, wenn sie zwar im ausschließlichen Privatinteresse liegt, beantragt werden ist, aber doch (aus Anlaß dieses Antrages) die Wahrung öffentlicher Interessen mit begleitet. Auf die vorliegenden Fälle angewendet, wäre die Frage so zu stellen: Muß es, um Kostenfreiheit zu begründen, im öffentlichen Interesse liegen, daß die Versammlung veranstaltet wird, oder genügt es, daß die Wahrung ihrer Zulässigkeit auch die Wahrung öffentlicher Interessen mit im Auge hat?

Das Ministerium des Innern hält die erste der beiden Ausführungen für richtig. Denn soll alle Amtshandlungen der Behörden der inneren Verwaltung begreifen die Wahrung öffentlicher Interessen; die Erhebung von Kosten nach § 8 wäre deshalb so gut wie ausgeschlossen oder doch weniger auf nur ganz wenige Fälle beschränkt, wenn man der zweiten Auslegung folgen möchte. Nach der allgemeinen Begründung des Kostenvertrages soll über die Allgemeinheit der Steuerzahler nicht mit den Kosten einer behördlichen Tätigkeit belastet werden, zu der die Beteiligten in ihrem ausschließlichen Privatinteresse den Antrag gegeben haben.

Bei dieser Auslegung würde nur die Genehmigung zu solchen Versammlungen kostenfrei zu erhalten sein, deren Veranstaltung wenigstens teilweise im öffentlichen Interesse liegt, z. B. die Veranstaltung einer Versammlung unter freiem Himmel zur Beisetzung über den Wiederauftauf eines abgebrannten Dorfes, dessen einziges Versammlungsort durch den Brand mit vernichtet worden ist, nicht dagegen die Veranstaltung von Partei-versammlungen.

Ministerium des Innern.

(sgs) Hohenholz.

Zu die Kreishauptmannschaft

Die Ansicht des Gesetzgebers, daß Versammlungsgefeie nach dem Vereinigungsgeboten gebührenfrei zu lassen, ist nun glücklich durch sächsische juristische Verwaltungsauslegungskunst schließlich durch das "liberale" Ministerium Hohenholz ins Gegenteil verkehrt worden.

Das Gängelband für Landarbeiter.

Gestern teilten wir bereits mit, daß vom 1. Februar an ausländische Arbeiter mit besonderen Ausweispaßpäckchen versehen sein müssen, die ihnen ausgestellt werden. Dieses System ist noch preußischen Vorbild eingeführt worden; dort besteht es schon einige Jahre. Es wird in Sachsen in derselben Weise wirken wie in Preußen. Das aber dort der Ausweis ein lötiges Gängelband für die Landarbeiter geworden ist, geht aus einer Schilderung dieses Systems hervor, die wir im Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler Preußens finden. Dort heißt es:

„Der ausländische Arbeiter erhält eine Ausweiskarte, die nicht nur den Namen, den Herkunftsort und das Nationale des Arbeiters, sondern auch — und darauf liegt die Regelung ganz besonderen Wert — die Arbeitsstelle enthält, für welche der Arbeiter verpflichtet ist oder sich verpflichtet will, und die nur bei ordnungsmäßiger Lösung des Arbeitsvertrags auf eine andere Arbeitsstelle umgeschrieben werden darf. Der Besitz einer solchen Legitimation ist also Voraussetzung für den Antritt der Arbeit, der Mangel derselben hat unnothafte Auswirkung zur Folge.“

Dieleg. Legitimationspflicht, der vorläufig auf die östliche und südliche Grenze Preußens beschränkt werden soll,

trifft nun keineswegs etwa nur die ausländischen Arbeiter, sondern er wirkt auch auf die inländischen Arbeiter zurück, deren Lohnkämpfe naturgemäß schwächer werden, wenn sie eine auf tieferer Stützlinie stehende, an eine niedrige Lebenshaltung gewöhnte und deshalb mit geringeren Löhnen und schlechterer Behandlung sich begnügnder Arbeiterchor im Süden haben, die durch die drohende Abschiebung über die Grenze nicht mit von jeder Bewegung zur Besserung ihrer Arbeitsbedingungen abgeschieden wird, sondern auch bei Strafe des Hungertodes sich jeder Baum ihres Herrn“ führen mögen. Es ist klar, daß solange in Preußen arbeitende ausländische Arbeiter in der Sägemühle leben — und der Zustand, in dem sie seit dem 1. Februar 1908 befinden, ist Elend —, die inländischen Arbeiter der gleichen Kategorie in ihren wirtschaftlichen Kämpfen auf Schritt und Tritt gehemmt sind.“

Die Not der Arbeitslosigkeit.

Eine Arbeitslosenversammlung, an welcher wohl 600 Personen teilnahmen, tagte am Dienstag in Plauen. Man sprach sich in derselben anerkennend darüber, daß bis jetzt von Seiten der Stadtverwaltung in Angriff genommenen Rostandsarbeiten aus, mußte sie jedoch als bisher noch ungerecht bezeichnet werden. Ein Gegenstand zu der Stadtverwaltung, welche die Arbeitslosigkeit in Plauen als nicht so hoch bezeichnet, werden die Arbeitslosen zu Plauen von Seiten des Gewerkschaftsbundes auf etwa 1800 geschätzt. Zum Schluss wurde eine Resolution mit elf Abberungen einstimmig angenommen, welche von einer dreigliedrigen Kommission dem Stadtrat unterbreitet werden soll. Als wichtigste von diesen ist für die Arbeitslosenversammlung eine sofortige Bereitstellung einer genügenden Summe zur Unterstützung von Arbeitslosen; sofortige Inangriffnahme von weiteren Rostandsarbeiten; unentgeltliche Speisung von Schulkindern der Arbeitslosen; Rücksichtigung von Überstunden in Fabriken und städtischen Betrieben und Stellungnahme der Stadtverwaltung insofern, als sie bei der Rücksichtnahme auf die Arbeitslosenverhältnisse die Sicherung von Rechten wegen übernommen wird.

Burkhardtswahl.

Übereinstimmend wissen bürgerliche Blätter zu melden, daß im 4. städtischen Wahlkreis (Plauen, Schönau, Königstein, Wehlen, Sebnitz, Neustadt, Hohenstein) der bisherige Abgeordnete des Kreises, Justizrat Dr. Eyleh-Plauen, wieder kandidieren soll. Und zwar sollen sich die nationalen Parteien alle auf diese Kandidatur vereinigt haben. Die Nationalliberalen scheinen aber nicht mitmachen zu wollen, denn nach einer anderen Meldung soll für diese Abgeordneten Dr. Schneider in Plauen für den 4. städtischen Kreis kandidieren.

Am 12. städtischen Landtagswahlkreise (Gewandhaus-Großschönau), den bisher der Zwenauer Bürgermeister Hünert vertritt, soll der Schuldirektor Müller in Gewandhaus als nationalliberaler Kandidat aufgestellt werden. Anschein, der Jahrzehntlang Sechster im Landtag war, hat schon vor einigen Monaten erklärt, daß er eine Kandidatur nicht mehr annehmen könnte. Der Zwenauer Bürgermeister nannte sich zwar nationalliberal, er war aber von den Konservativen kaum zu unterscheiden; er kann wohl als der reaktionärste der Landtagsfraktion Dresdner bezeichnet werden. Die Chemnitzer Antisemiten haben beschlossen, den Stadtvororten und Böderobermeister Bieker als Landtagskandidaten aufzustellen. Auch die Reformer werden, wie es scheint, neidös. Da in Chemnitz ebenfalls wie in Dresden und Leipzig die Nominierung der Landtagswahlkreise noch gar nicht in Angriff genommen worden ist, lassen sich zurzeit die Kandidaten für die einzelnen Wahlkreise noch gar nicht bestimmen.

Richtig eingeschätzt.

Die Lehrerhaft in Bittau steht, wie der Leipziger Volkszeitung gemeldet wird, vor einiger Zeit eine öffentliche Versammlung ab, in der über die neuesten Reformbestrebungen debattiert wurde. Einige Tage später wurde dem Bittauer Amtsblatt ein Flugblatt beigelegt, daß ein Sozialarbeiter und ehemaliger Mann namens Kortelt in Herwigsdorf verbrochen hätte. Die Leipziger Lehrerzeitung und auch unser Parteiblatt in Bittau haben sich seinerseits mit diesem Blasphem befaßt. Da das Flugblatt Beleidigungen gegen die Lehrerhaft enthält, hat sich nun auch der Vorstand des Sächsischen Lehrerverbands damit befaßt. Er ist jedoch davon abgelenkt, Klage gegen den Flugblattschreiber zu erheben, da er die in diesem Flugblatt zum Ausdruck gebrachte Lehrerhaft nicht hoch genug einschätzt.

Die Gehälter der Gemeindebeamten.

a. Der Verband sächsischer Gemeindebeamten hat an sämtliche sächsischen Gemeindevertretungen ein Kundschreiben gerichtet, in welchem darauf hingewiesen wird, daß aus allen Teilen des Landes von Gemeindebeamten in allen Stellungen A la g e n über nicht genügend Verdoldung eingingen. Bei der fortgeleiteten Verbesserung aller Lebensbedingungen sei eine den Zeitverhältnissen entsprechende Revision der Gehälter sehr nötig. Der Eingabe ist eine längere Begründung dieser Hinweise beigegeben. Der genannte Verband zählt zurzeit 7262 Mitglieder.

Cheznitz, 3. Februar. Wie die Chemnitz. Allg. Zeit. meldet, ist der ehemalige Kaufmännische Direktor der Sächsischen Maschinenfabrik vom Richard Hartmann, Stößlitz, der wegen Fälschung von Akten dieses Unternehmens verfolgt und in Chemnitz in Untersuchung verhaftet worden war, auf dem Herrtransport seinen Beisettern in Genua entwichen.

Wittenberg, 1. Februar. Um 1. Februar haben sämtliche Mitglieder der Stadtapelle dem Kapellmeister Schmidt für den 1. April ihre Kündigung unterbreitet. Schon seit längerer Zeit bestehende Differenzen zwischen Orchester und Chorier sollen der Grund zu dieser Kündigung sein. Die Kapelle beansprucht, vom 1. April an auf eigene Hand weiter zu spielen.

Stößlitz, 3. Februar. Der Kettor Koch und der Lehrer Seifert aus dem Nachbarort Thüren stellen sich der beständigen Staatsanwaltschaft mit der Selbstbeschuldigung, mehrere tausend Mark der Schulsparschaffung gelebt unterzogen zu haben.

Leipzig. Auf 5000 M. erhöht worden ist jetzt die Beleidigung, die ausgeübt wird auf die Ermittlung des

Wörder s, der am 2. November das Friedrichsche Theater in der Windmühlenstraße erschlug.

Hainichen. Am Dienstagabend brannte im Nachbarort Berthelsdorf das Wohnhaus des Wirtschaftsbürgers Leinfert nieder. Durch den herrschenden Wind griff das Feuer rasch um sich, so daß nur wenig gerettet werden konnte.

Bretnig. Hier wurde am Montag in einer Vorstellung des zuzeit hier ansiedelten Bielaus Maltes der Athlet Alsch nach längerem verzweifelten Wingen im zweiten Gang durch einen Radeberger Glasschleifer namens Schmidt geworfen. Die ausgelebten 100 M. wurden dem Sieger durch den als Kampfrichter mit hinzugezogenen hiesigen Turnwart übergeben.

Reudersdorf. Mit der Errichtung einer eigenen Dammpfbäckerei dierte der hiesige Konsumverein vorgehen, vorausgesetzt, daß die Gemeinde stattfindende Generalversammlung ihre Zustimmung erteilt. Die Pläne zu dem Bau, der auf dem Grundstück an der Ritterstraße errichtet werden soll, sind, um Zeit zu der Verwaltung des Planes zu gewinnen, bereits von der Verwaltung bei der Behörde zur Genehmigung eingereicht worden. Die prinzipielle Zustimmung zu diesem Projekt erfolgte bereits in einer im vorigen Herbst stattgefundenen Generalversammlung. Der Bau und die Einrichtung sind auf 40 000 bis 45 000 M. veranschlagt. Der Konsumverein hat bisher schon eine Bäckerei in eigener Regie betrieben.

Bittau. Eine freisinnige Ordnungsschule ist im nahen Hartha geboren. Der frühere Gemeindeleiter, heutige Bergarbeiter Neumann, hat als Krankenhausflicker nach und nach erhebliche Verträge unterschlagen. Bei der letzten Gemeinderatswahl geht er als aussichtsloser Kandidat um unseren Genossen in der Klasse der Unanständigen aus dem Felde zu schlagen. Dabei fiel er aber ab. In der Bekämpfung der bestreitigen Streitungen der Arbeiterklasse hat er selbstverständlich geleistet. Er war Mitglied des Militärvereins, der Schürgesellschaft und eines Dörfvereins, der sich die Bekämpfung der Sozialdemokratie bei den Gemeindewahlen zur Aufgabe gemacht hat, an dessen Spitze aufgeprochnen freisinnige Helden stehen.

Steine Nachrichten aus dem roten Bittau. Bei dem Schneesturm am Mittwoch wurde mittags auf der Eisenbahnlinie Plauen — Hof der verkehrsreiche 40-jährige Streckenarbeiter Johann Müller aus Hellendorf vom Schneegang erschlagen und zu Seis geschleudert. Müller erhielt schwer Verletzungen, doch er auf dem Transporthaus verlor. Der Arbeiter G. Scheffler in Höckendorf im Zweiten gestorben ist beim Aufladen von Kohlenwagen zwischen die Wälder zweier Wagen. Er erhielt einen schweren Schädelbruch, der nach einigen Stunden seinen Tod beurkündigte. Nachdem sich der Wunsch der Gemeinden Ober- und Niederplauisch, Bösdau einzeln zu machen, jenseit nicht erfüllt lassen, wird in beiden Gemeinden das Städterecht zu erwerben. Die Bittauerkrone, die vor Jahrzehnten in Bittau lange Zeit unter den Schulkindern vertrieben war, hat auch in Neustadt ihren Einzug gehalten. Gegen 70 Schulkindern waren schon vier Tage von der sogenannten Bittauerkrone befallen und da täglich eine Anzahl neuer Fälle hinzutreten, so durfte sich die Zahl der betroffenen bereits auf 100 belaufen. Falls die Krankheit länger anhält und noch weitere Verbreitung annimmt, ist mit der Schließung der Schule zu rechnen, die in den Nachbarorten Osterndorf und Berthelsdorf bereits erfolgt sein soll. Von der Bittauerkrone sind hauptsächlich Mädchen betroffen. — Ein Mittwochabend füllte sich ein 16-jähriges Dienstmädchen aus Böhmen aus der 1. Etage eines Hauses der inneren Stadt auf die Straße. Das Mädchen hatte sich Unrechtmäßigkeiten zwischen kommen lassen und lud sie aus durch vor Strafe den Tod. Die Dienstmädchen jogt sich nur leicht Verleihungen zu.

Stadt-Chronik.

Sozialdemokratische Gemeindepolitik in kleinen Orten.

Man hört oft die Ansicht, die programmatische Bestätigung auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung sei in kleinen Orten wenig oder gar nicht möglich. Gemeindepolitik sei eine Angelegenheit für Großstädte oder höchstens für Mittelstädte, jedenfalls nur für Orte, die über genügend Geldmittel verfügen, um an den Fortschritten der modernen Technik teilnehmen zu können. Auf dem Lande und selbst in den kleinen Städten sei so gut wie gar nichts zu machen. Diese Ansicht ist falsch. Freilich ist unbestreitbar, daß man Elektrizitätswerke mit Millionenaufwand nicht für Landstädte bauen kann, richtig auch, daß ein Bauerndorf in der Regel keine systematische Kanalisation nötig hat. Aber in diesen Dingen erschöpft sich doch nicht die Gemeindeverwaltung! Wenn auch die Art der Aufgaben verschieden ist, die in kleinen Orten auf einer Seite, in großen Städten auf der andern Seite zu lösen sind, so bleibt doch der Grundgedanke unserer Verwaltung an den Gemeindenahmen und an der Gemeindeverwaltung, nämlich daß bestreben, die Mittelmittel der Gemeinden in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen, unverändert der gleiche. Um diesen Grundgedanken durchzuführen, muß man in kleinen Orten oft mehr Kunst, Geschicklichkeit, Sorgfalt und Durchsicht entfalten als in großen Städten. Enge Weinen, enge Sinne! Nirgends herrscht der brutale Egotismus unbekümmerter als in solchen Orten, in denen die Gegebenen von jeder gewohnt waren, als die Herren aufzutreten. Immer wieder melden uns, z. B. die Tageszeitungen von Fällen vollkommen Verwahrlosung arbeitsunfähiger Armer in örtlichen Armenhäusern. Hier Wandel zu schaffen ist eine der vornehmsten Aufgaben, die sich ein sozialdemokratischer Gemeindevertreter leisten kann.

Genau ebenso verhält es sich auf dem Gebiete des Schulwesens. Die Ansprüche, die unser Volk an die Volksschulen zu stellen berechtigt und verpflichtet ist, müssen in erster Linie durch die Arbeiterversetzer in den Gemeindeparlamenten verfochten werden. Auch dabei gilt es, zahllose Widerstände zu überwinden. Jedem Verbesserungsvorschlag tritt man mit dem Hinweis auf mangelnde Mittel entgegen. Allerdings erfreuen sich die meisten kleineren Gemeinden leider günstigen Finanzlage; so schlimm, wie viele bürgerliche Gemeindevertreter es hingestellt lieben, steht es aber in der Regel doch nicht. In sehr vielen Fällen würde eine bessere Verteilung der Ausgaben schon von großem Nutzen sein. Also kommt alles darauf an, einen ordentlichen und durchsichtigen Gemeindehaushalt aufzustellen. Der Gemeindehaushalt ist das Rückgrat der Gemeindeverwaltung. Wie viele kleine Gemeinden haben aber eine einwandfreie Finanzverwaltung?

Da heißt es zugreifen, Ordnung schaffen, durch eine nach-

haltige und den Dingen auf den Grund gehende Kritik, auch das Interesse weiterer Kreise an einer ordnungsmäßigen Führung der Gemeindegeschäfte wachrufen. Die Gemeindeglieder müssen meistens auch erst in den Grundzügen einer rationalen Gemeindeverwaltung und für deren Bedeutung und Vorteile geschult werden. Aber noch viel zu oft trifft man auf die Meinung, unter allen Umständen sei die billigste Gemeindeverwaltung auch die beste. Sparsamkeit in allen Ehren, aber allgemeine Geltung hat dieser Satz nicht zu beanspruchen. Wenn eine Gemeinde etwas leisten soll, dann muss sie auch was aufwenden. Nichts ist törichter, als denen, die auf notwendige Verbesserungen gedrängt haben, nachher aus einer Steigerung des Abgabenlast einen Vorwurf zu machen. In Sachsen haben wir, um bestimmte Beispiele zu erwähnen, wiederholt Fälle erlebt, dass Arbeiter zwar sehr erfreut waren, das Segen einer ordentlichen Wasserversorgung teilhaftig zu werden, nachher aber die sozialchristlichfreundlichen Sozialdemokraten bei den Wahlen erbarmungslos abgespielt, weil die Wasserleitung natürlich auch — bezahlt werden musste. Darum ist eine sorgfältige Ausklärung der Bevölkerung fortgelebt zu betreiben; die Gemeindevertreter müssen sich durch eliges Studium über die Vorgänge in andern Orten auf dem Laufenden halten, müssen Vergleiche zu ziehen lernen und sich das grösste ihnen überhaupt erreichbare Maß von Kenntnissen anzueignen suchen.

Das Amt eines Gemeindevertreters erfordert aber nicht nur Kenntnisse und Liebe zur Sache, sondern in ebenso hohem Maße auch Tolt. Ein altes Sprichwort sagt: „Die Schreter gehören aufs Rathaus.“ Wörtlich darf man diesen Spruch nicht nehmen! Man soll gewiß immer die Dinge beim rechten Namen nennen, nichts verschweigen und nichts beschönigen; aber der gesunde Menschenverstand muß vor funflosen Uebertriebungen und vor kleinerlicher Nörgelnsucht einen Gemeindevertreter in gleicher Weise behüten. Wenn diese Linie sicher eingehalten wird, dann steigert sich der Einfluß auch einer Minderheit bald so stark, daß man ihre Hand in allen Geschäftsräumen der Gemeinde verspürt. Und so kommen wir auch am besten unserm Ziele nahe, nämlich dem Ausbau der Gemeinde nach den Grundsätzen, wie sie in unserem kommunalen Programm dargelegt worden sind. (Comm. Pr.)

Demonstration-Exercises.

Der 24 jährige Tischlergeselle Bouer stand während der Wahlrecht-Demonstration auf dem Altmarkt in der Rossmaringasse in der Nähe der Schloßstraße. Nach der bekannten Polizeiaffäre auf die Demonstranten ging er über die Schloßstraße und sagte beim Anblick der von der Polizei angerichteten Verwüstungen „Psui“. Polizeileutnant Matthes und Gendarm Gramblow, die gerade in der Nähe waren, bezogen die Ausehrung auf sich und B. hatte sich deshalb heute vormittag wegen Beleidigung vor dem Schöffengericht zu verantworten. Er bestreitet entschieden, M. und G. mit dem Psuitrus gemeint zu haben, er hätte die beiden in diesem Augenblide gar nicht gesehen.

Über den Vorgang selbst gibt er folgende Darstellung: Er stand in der Nähe der Poststelle auf der Rosmarinstraße. Da wurden die Demonstranten auf der Schloßstraße nach dem Altmarkt zurückgedrängt. Die Altkäse selbst konnte er nicht mit beobachten, denn auch die wenigen Leute, die in der Rosmarinstraße standen, wurden von den Schuhleuten einige Schritte zurückgebracht. Erst nachdem betrat er die Schloßstraße und geriet hier durch den Anblick der von Schuhmannsbücheln verhakteten Hände, Stöcke und Schirme in große Erregung. Da entstieß ihm als Ausdruck seines Unwillens und Abscheus das Wörtchen "Psui", ohne daß er es direkt an jemand gerichtet hätte. Gleich darauf sei er von hinten gepackt und verhaftet worden. Man habe ihn zunächst in das Schloß und von da zu Helbig gebracht. Von Anfang an habe er zugegeben, Psui gesagt zu haben, er habe aber auch gleich bestritten, Polizeileutnant Matthes und den Schuhmann Gramblow gesehen und diese beleidigt zu haben. Der als Jenseits vernommene Polizeileutnant Matthes schilderte nach seiner Art die aufstrebenden Vorgänge an jenem Tage, wobei er behauptete, die zu Tausenden zahlende Menge auf dem Altmarkt hätte allerlei Unfug verübt und gejohlt und gefissen (woß ihm durch zahlreiche Szenen widerlegt werden könnte). Dann habe die Menge auf der Schloßstraße versucht, die Schuhmannsgruppe zu durchbrechen. Die Schuhleute an dem Bankgebäude wären von den Demonstranten geschlagen worden und hätten dann in der "Notwehr" (1) blank ziehen müssen. Darauf habe er die Schloßstraße "räumen" lassen; gegen 100 Personen hätten sich aber immer noch auf der sonst leeren Straße befunden, die zum Weitergehen aufgefordert wurden. Zugaben sei, daß sich die Menge ob der Vorgänge in großer Erregung befand. Er sei daraufhin in Begleitung des Schuhmanns Gramblow in einer früheren Verhandlung nur so der

manns Gramblow (in einer früheren Verhandlung war es der Schuhmann Zimmermann) nach der Postenlette zurückgekehrt. Unterwegs sei mehrfach „Psui!“ gerufen worden. Der Angeklagte sei ihm besonders durch sein bleiches Gesicht aufgefallen. Dieser habe zweimal „Psui!“ gerufen und diese Rufe hätten nur ihm und dem Schuhmann Gramblow gelten können. Der Gendarm Gramblow hält jede Täuschung für ausgeschlossen. Bauer sei an ihnen in etwa $\frac{1}{2}$ Schritt Entfernung vorübergegangen und habe ihm dabei Psui! zugeraufen. Polizeileutnant Matthies habe B. sofort festgehalten und er hätte ihm den Verhafteten abgenommen. Auf Vorhalt des Verteidigers Pleitsch-anwalt Giese erwiderte der Zeuge erregt: „Dann werden wir ja höchstens noch ins Gesicht gespuckt und die Demonstranten jagen hinterher, sie hätten vorbeispudeln wollen. Wenn man voll und ganz seine Pflicht getan habe, sei das doch eine Beleidigung!“ — Der Verteidiger beantragte Freisprechung, wobei er den Psuitus durch die große Erregung und den Unwillen erklärlich findet, die das gerichtsfähige Vor-gehen der Mollies herausgestellt habe.

icht verurteilte den bisher völlig

Aerztliche Hilfe in der Nacht.
Wer während der Nacht für Kranken ärztliche Hilfe sucht, kann solche durch Vermittlung der Wohlbehördenpolizei-Inspektionen erlangen. Dort sind die Namen der zur Hilfesetzung bereiten Aerzte zu erfahren, auch wird auf Ansuchen die Herbeiziehung eines Arztes überkommen. Für die Bezahlung der Aerzte haben die Hilfesuchenden selbst aufzukommen, nur für gänglich Umbemittelte übernimmt die Amtsverwaltung die Bezahlung. Von der Direktion Königlichen Frauenklinik ist die Einrichtung getroffen worden, daß in dringlichen geburtshilflichen Fällen sofort ärztliche Hilfe aus der Frauenklinik, sei es bei Tag oder bei Nacht, unentgeltlich gewährt wird. Die Wohlbehördenpolizei-Inspektionen und die Feuerwachen in den Häusern Annenstraße 9, Luisenstraße 16/18, Däkerstraße 51, Bürgerstraße 60, Wellwöhstraße 24 und Schilderstraße 39 vermitteln die Herbeiziehung ärztlicher Geburtshilfe aus der Frauenklinik durch Fernsprecher. In den städtischen eingerichteten wundärztlichen Hilfsstellen und in den Sanitätswachen des Samaritervereins (streitwillige Rettungsgeellschaft) wird Veranludigen oder auf der Straße plötzlich Erkrankten, welche die

Hilfesstellen selbst aussuchen oder ihnen zugeführt werden, die erste Hilfe gewährt. Durch die Sanitätswachen ist auch die Entsendung von Arzten zur Hilfeleistung außerhalb derselben zu erlangen.

Schau vor dem Krankenhaus.

Der Malergeselle E., der bei Dresdner Druckanstalt

Bekleidet war er unter anderem mit dunkelgefleckter Hose und Weste, dunkelblauem Jackett, glattem, grünlichen Nierenzieber und schwarzem, steifen Filzgut. Weibel geht an zwei Stellen. Nachricht ist dem Stadtrat in Freiberg zu übermitteln. Da Angehörigen Weibels haben 100 M. Belohnung für seine Aufzündung ausgesetzt.

Zob im ber Rott!

Heute vormittag wurde im Bierraume der Feldschlösschenbrauerei der aus Fleck gebürtige, schon lange ateliebleile beiter Godner tot aufgefunden. R. hatte jedenfalls auch in dieser Naunze übernachtet.

Birkus Sarrasani trifft am Freitag den 19. Februar in aller Frühe hier ein und beginnt bereits am selben Tage abends 8 Uhr auf dem Platze an der Gerolstraßé, neben der Königlichen Kunstgewerbeschule, sein nur kurzes Gastspiel. Für die Dauer seines kleinen Aufenthaltes erhält Birkus Sarrasani, der augenblicklich noch in Leipzig weilt, Anschluß an das Reichsbüropostamt unter der Nummer 883. Der Kartenvorverkauf wurde in Firma Karl Wesse, Viktoriabau, Ecke Woittenhaußstraße, und in der König-Johann-Straße 2, Ecke Altmarkt, übertragen und kostet demnächst. Birkus Sarrasani ist in Dresden gut bekannt. Er soll seit seinem letzten Hierkeln wesentlich vergrößert worden und zurzeit der größte europäische Wander-Birkus sein.

Bermischte Nachrichten. Geschlossen bleiben die Geschäftsräume der Leihmünz-Geschäftsstelle Altstadt wegen Reinigung am 8. und 9. Februar. — Die Geschäftsräume des Kürschners im Verfassungssamt und der Gewerbedarunter A und B werden am 5. und 6. d. M. gereinigt, es können deshalb an diesen Tagen nur dringliche Angelegenheiten erledigt werden. — Einen Bruch erlitt am Sonntage die Tochter des Bildhauers H. v. Dresden beim Rodeln im Gründelchen in Cossebaude.

Mus der Umgebung

Stetzs. Heute Donnerstag den 4. Februar, abends $7\frac{1}{2}$ Uhr
öffentliche Gemeinderatssitzung im Lindenhof. Zahlreicher An-
schauen ist Pflicht.

Laubegast. Sonnabend abend 9 Uhr findet im Vereinshaus Mitgliederversammlung statt. Die Genossen werden reich zahlreich zu erscheinen. Weitere Aussforderungen zum Besuch zu folgen für die Zukunft nicht mehr, da die Versammlungen im Beschlusß immer am ersten Sonnabend im Monat stattfinden.

Welschhause. Zur Gemeinderatswahl wird und noch geschrieben: Die Gemeinderatswahl brachte für die Herren Sch und Richter, auf deren Protest die am 13. Dezember hinzugesetzte Wahl für ungültig erklärt wurde, einen Erfolg. Ob sich Herr Gräß dieses Erfolges besonders lange erfreuen darf, steht uns sehr fraglich. Dafür ob es noch mehrere alte Vergütungen geben wird, die ihm in gewissen Fällen helfend beispringen werden? Nebenfalls haben wir alle Veranlassung, die moralische Qualifikation dieses Herrn einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Aber auch gewissen Geschäftsozialisten, die sich zu Diensten zur Verfügung stellen, werden wir das Handwerk legen müssen. Eins aber müssen wir noch feststellen: ein Ort wie Welschhause, der bisher immer bei Reichs- und Landtagswahlen als entzweit für uns gegolten, ist so weit durch verschiedene persönliche Besonderheiten gekommen, daß jedem ehrlich denkendem Arbeitert braucht nicht Sozialdemokrat zu sein, die Scham vor dem Wahlstuhl steigen möchte. Wir wollen zugeben, daß die Bürger Arbeiter sich nicht allzuviel für uns ins Zeug legen können, das aber ein großer Tell schon so weit herunter ist, sich zum Wähler und Stimmzettelverteiler für Herrn Gräß herzugeben, ist für die Welschhäuser Arbeiterschaft tief verhängend.

Gerichtszeitung

Digitized by srujanika@gmail.com

Riesen-Kellerverwechsl.-Prozess. Die einzelnen Fälle, bei dem s zum Abschluß eines Wechselseitigkeitsprozesses Horras und der Angeklagte kaum gleichen einander. Die Angeklagten befinden sich in Kne und stricken eben den letzten Strohhalm, der sich ihnen durch die Unwilligkeit Horras darto. Keiner von ihnen will auf den Schaden gekommen sein, daß diese Geldgehwäste etwas Strafbares an sich hätten. Erklären es einem oder dem anderen unmöglich, sodass die Wiedernieder einzulösen, so verstand es Horra, sie dazu zu bringen. Er kam dann den Wechselabnehmern, sie wegen Betrugs zur Ansprache bringen. Ferner verstand er auch zu verhindern, daß die Banken Perioden vergeben würden, von denen anzunehmen war, daß sie Entschädigungen über Horra einholen würden. Horra kam zu diesem Zwecke den Wechselabnehmern gegenüber bestimmbare Anordnungen. Gefanden sich diese urtheilsgünstig infolge des hohen Aufzinsens Q.8 und der Abfassung seines Protests in dem Glauben, daß seine Zahlungsfähigkeit über jeden Zweifel erhaben sei, so hielten ihnen eigentlich derartige Anordnungen Geboten erscheinen müssen. Dass sie trotzdem den Wechselauftauch durchführten, soll uns sie schwer ins Gewicht. Nicht zu verleugnen ist aber, daß Q. im schriftlichen und handschriftlichen Verkehr mit seinen Nachbarn ausreichend Weisheiten schnell zu zerstreuen vermochte. In Verhandlung wird vorwurfsvoll heute oder morgen zu sein gescheut werden. Gestern wurden gegen W. Rausen verurteilt.

Militärgericht.
Die Furcht vor dem harten Rod. Angeblich wegen schändigen Unzuges schämte sich der lebige Soldat Leuterig im Herbst 1770 beim Dresdner Infanterie-Regiment einzutreten und blieb in Wach. Am 9. Oktober befand er sich in der dortigen Wacheinfanterie, nachdem ohne einen Pfennig in der Tasche zu haben, eine Schote von 1,50 R. und verdutzt heimlich. Seine Absicht, nach Dänemark zu gehen, konnte er nicht ausführen, da er am 16. Oktober festgestellt wurde. Unter allgemeinem Heiterkeit batte Leuterig am Schlusse der Verhandlung, man möge ihn nicht bestrafen, er wolle dafür drei Jahre dienen. Darauf bestätigte, konnte das Gericht nicht nachkommen und erkannte wegen vorzeitigem Fernbleibens von der Truppe und Betrug auf 14 Tage Mindeststrafe.

Dresdner Volksgericht vom 4. Februar

Mitte Januar ist hier und andernorts ein Einmiedebetrüger unter dem Namen Dr. Leo Osten, Leutnant im Schilenzregiment, aufgetreten. Dieser Betrüger ist festgenommen worden. Unter den diesen angeklagten Osten geschädigte Personen, die noch keine

In letzter Zeit sind wiederholt Vöderleblingen, die in den zeitigen Morgenstunden Brüder auf den Kunden getragen haben.

Etwas Mitte Januar hat bei einem kleinen Metallwarenhändler ein junger 18 Jahre alter Knabe, der sich Arthur Bläher genannt und angegeben hat, Albrechtstraße 12 zu wohnen, einen schwachen, goldenen Damentrinn mit zwei roten Steinen und zwei Perlen befest, von denen eine fehlt, zum Kauf angeboten. Der Knabe hat sich nach Legitimationspapieren befragt, entfernt und solche zu holen, ist aber bis jetzt nicht wieder erschienen. Der Kramber bei der Kriminal-Abteilung zur Ansicht ausliegt, darüber hat einem Diebstahl hervorruhen. Der rechtmäßige Eigentümer wird gewarnt.

gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Jahresbericht der Dresdner Bauhülfarbeiter für 1908

ausführlich der über jahrelang gelittenen künstlichen Bauverrechnung wirtschaftlichen Nutzen — gerade kein reelles Bild, kann es demnach völlig begreifen, wenn die einleitenden Worte nichts sich in besseren und anfliegenden Worten über das Treiben und Verhalten der Gewerkschaften in den Dresden städtischen Kollegen auspricht.

Auch der Rat wird auf das Unlogische und Arbeitserfeindliche Verhalten hingewiesen.

In allen Ausführungen werden dann die Verhandlungen über das Erscheinen eines Bauhülfarbeiter im Baugewerbe behandelt. Die Bauhülfarbeiter haben straflos die Lingens der Verhältnisse zum Schaden der anderen ausgenutzt. Das ist ihnen auch zum Teil gelungen. Bevor sie endeten die Unterhandlungen mit einem Schiedsgericht vor dem Gerichtshof, der, wenn auch schweren Herzens, von der Arbeiterschaft bestimmt wurde. Die ausführliche Darstellung der ganzen Verhandlung beweist, daß die Vertreter des Arbeiters herauszuholen suchten, was immer möglich war. Die Situation des Baugewerbes in Deutschland mußte im Rückstand gezeigt werden. Die Kräfte in Seiten der Käufe aufzuzeigen, wenn es gelingt, das Erwogene festzuhalten oder geringe Vorteile zu erreichen. Es kann wieder bessere Zeiten. Dann kann das nach der Meinung der Gewerkschaften, die keinen genauen Überblick über die Schwierigkeiten haben, nachgeholt werden.

Die Einnahmen des Verbandes in Dresden (die Bauhülfarbeiter sind die Mitgliederzahl nach dem Durchschnitt der verkaufen) wegen des häufig vorkommenden Verlustschwundes betragen im ersten Quartal 13.630,30 M., im zweiten 23.345,90 M., im dritten 15 M., im vierten 21.602,80 M., insgesamt 85.886,05 M., die Kosten 59.625,94 M. davon an die Hauptstelle 59.501 M.). Die Einnahmen inflativer Beiträge betragen insgesamt 102.188,36 M., ein Kassenbestand von 56.577 M. vorhanden ist. In den Ausgaben sind u. a. enthalten: Streit- und Bauverrechnung 11 M., Kostenunterhaltung 8719,90 M., Sterbeunterhaltung 11, Notation 668,08 M. Der Mitgliedsstand ist unter den neuen Verhältnissen etwas zurückgegangen. 1907: 3735; 1908: 3546. Der Verband hat im letzten Jahre auch ganz besonders auf die Bildung und Ausbildung seiner Mitglieder und vor einer Betriebsversammlung geworben, um sich einen Stamm zuverlässiger und brauchbarer Helfer in der schweren Organisationsarbeit zu erhalten.

Vorfall.

ten des Logiszwanges in Dresden „Blumen-Fabrik“.

Die Korrespondenz der Zentralkommission zur Befreiung des Logiszwanges schreibt: Dresden ist derzeitiger Platz, der die Gärtnereibetriebe hat, das heißt Gärtnereibetriebe, die auf einem sehr kleinen Raum die größten gärtnerisch-technischen Anlagen als Gemüsehäuser u. dergl. enthalten und ein sehr großer technisch gebildeter Personal beschäftigen. Die Gärtnereien haben die Bezeichnung „Blumenfabriken“ gewählt, und ist das „Fabrik“ hier auch in der Tat am Platze; denn die Arbeitsmänner, die Blumen produzieren, sind nicht nur Menschen, sondern auch die Blumen, und ebenso kommen hier nur Menschen vor, die Blumen produzieren, ausdrücklich für Engros-Berland, bis nach Russland und andere Auslandsmärkte erreichbar sind, das heißt, die Verarbeitung derartigen Produktes ist hier nicht möglich. Das ist der Grund, warum die Gärtnereien hier nicht leben können, ist im allgemeinen die Eintrittsstelle, dass etwa die Hälfte (manchmal auch alle) Grundstück des Gärtners Wohnung zu nehmen hat. Solche eine Wohnung ist gewöhnlich ein ziemlich leicht gebautes, holzernemiziertes Gebäude, das einen Teil der vorhandenen Räume, Ställe und ähnlichen Einrichtungen bildet. Räume sind in solche Gehäusenwohnung sind an die Räume einer mit der Glasscheibe nur nach Süden gerichteten angebaut, versteckt, dass die nordwestliche Seite auswand einfach als die eine Wand für die Wohnung ist; diese kostet dann nämlich beträchtliche Freude, und das ist der Grund, warum die Wohnung, zu der auch die Sonnenstrahlen hineinfallen, die Luft ist hier ständig dümpf und unfrisch und Kleider bilden den Nährboden für diverse Schädlinge. Von irgendwelcher Behaglichkeit ist darin natürlich keine Rede. Eine anschauliche Schilderung über solch eine Gärtnereiwohnung bei einer Firma in Stralsund erweist sich in folgenden Zeilen:

„Der Wohnraum für 12 Männer ist so beschaffen, dass einschließlich im befindenden Schrank, auf den Kopf nicht ganz 6', Kubikmeter kommt. Dabei liegt die Wohnung so, dass das ganze Jahr zusammenhängt, indem sie die Rückseite des Gebäudes bildet. In diesem Wohnraum befinden sich ein Tisch, zwei Stühle und zwei Kleiderschränke und ein Schrank für das Schubzeugen, 14 m 3,30 Meter lang und 0,63 Meter breit, und steht vor dem Tisch. An diesem Tisch sollen nun alle 12 Männer essen und müssen Arbeiten nach freitagsabend belasten. Dafür aber

Schreiben ist absolut unmöglich, wenn jeder Anwuchs auf ein Plätzchen erachtet. Als Schlagloch dienten drei Bänke, die so lang sind wie der Tisch. Der Raum in den Kleiderschränken ist so knapp, dass zwei der Bewohner ihr Bett unter beim Stehen aufzuhängen. Nun bauen in der Wohnung die Ratten und Mäuse herum, das sie schon am besten Lage in der Stube herumzutun. Ein Drittel der Lebensmittel etwa, die man in der Wohnung aufzubehalten will, fällt den Ratten zum Opfer. So weit bis fünf Zentimeter Tiefe im Bett sind Regel. Kleidungswaren verschwinden kurz, wenn sie nicht vorsichtiger sind. Die Reinigung der Wohnung ist sehr mangelschafft; dieselbe ist seit Februar gerade dreimal gethanen worden. Als Reinigungsmittel dient ein alter Nachtwisch; deshalb kann es ebenfalls entweder aus der Küche der Befehlshaber oder vom Altenheimkämper. Zug hat er überhaupt nicht mehr. Man kann darin feuer leicht machen, in der Wohnung merkt man nichts davon. Die Türe, die direkt ins Freie führt, schließt sehr schlecht, was bei der kalten Heizung coppiert fühlt. Schlafräume sind zwei vorhanden. Es schlafen in einem vier und in anderer acht Mann. Die Betten sind sehr mangelhaft und mit zerbrechlichen Wanzen besetzt. Eine Bettdecke ist vorhanden, das sie mit Pfannenstäben gestützt werden muss. Die Kleiderkästen sind für je zwei Mann und schließen schlecht, so dass die Sachen verstreut.“

Die Besitzer jener Gärtnerei-Großbetriebe sind durchgängig kleinste Leute und bewohnen für ihren Teil selbstverständlich solche „Blumen“ nicht.

Aus der Umgebung.

Drei Fälle gegen einen.

„Seht nur das alte Streitbrechergericht!“ waren die Worte, die der Glasfertiger Otto Karl Pionta in Neuförnitz in Bezug auf die 60-jährige Beugin Schumann in den Nachmittagsstunden des 26. September gesagt haben soll. In der Steinigungsfabrik Neuförnitz waren die organisierten Arbeiter um diese Zeit ausgesetzt, da sie mit einer neuen Arbeitsordnung die durch ihre vielen Strafbestimmungen eine wesentliche Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse mit sich brachte, nicht einverstanden waren. Zu den Arbeitswilligen der Fabrik gehörten auch zwei Söhne der Beugin Schumann. Am Sonnabend den 26. September wollte die Beugin ihre Söhne abholen und kam, als sie sich zu diesem Zweck nach der Fabrik begab, am Gasthof zur Krone in Neuförnitz vorbei. Hier vor diesem Restaurant hielt sie eine Anzahl Streitende auf. Von diesen bat nur einer der Beugin obige Worte zugeschrieben. Die Sch. beschwerte sich bei dem in der Nähe positionierten Gendarmen und dieser war ihr bei der Feststellung der Person behilflich. Die Sch. bezeichnete den Pionta als einen jungen Mann mit Krauskopf, grauem Anzug und kleinem Bartchen. Schließlich glaubte sie, den Pionta ganz bestimmt als den Käfer wiederzuerkennen und stellte gegen denselben Strafantrag. Der Angeklagte bestritt in der Schöffengerichtsverhandlung zu Meißen am 4. November seine Schuld. Er behauptete, sich zu der fraglichen Zeit in der Gaststube des genannten Restaurants aufzuhalten zu haben und sei er gar nicht auf die Strafe gekommen. Weiter erklärt der Angeklagte auf Beifragen, daß er momentan arbeitslos war und dem Verbande nicht angehört, auch daß er früher acht Monate in der Glasfabrik Neuförnitz gearbeitet hat. Vom Schöffengericht Meißen wurde P. wegen Bekleidung zu 1 Woche Haft verurteilt. Gegen dieses Urteil legte er Berufung ein, insofern beschäftigte sich die vierte Strafkammer des Dresdner Landgerichts mit dieser Angelegenheit. Zur Verhandlung waren vier Zeugen geladen, von denen drei unter Eid aussagen, daß P. während der fraglichen Zeit in der Gaststube gesessen und dem Kartenspiel zugesehen hat. P. bestreitet nochmals seine Schuld, bemerkte auch, daß er keinen Bart hat und auch niemals Aufzug eines solchen gehabt hat. Der als Zeuge anwesende Gendarm kann weiter nichts aussagen, als daß die Sch. ihm mitgeteilt habe, sie erkenne in P. ganz bestimmt den Käfer der inkriminierten Worte wieder. Trotz der sich gegenüberstehenden Aussagen kommt das Gericht zur Verurteilung des Beschuldigten.

England.

Die Internationale Förderung der Hummacher.

Das internationale Sekretariat der Hummacher, das sich in den Händen des Geistes (Altenburg), Vorsitzender des Deutschen Hummachersverbandes, befindet, hat vor kurzem seinen Jahresbericht für 1907 herausgegeben. Einiges wird darauf hingewiesen, daß auch die Hummacher aller Länder durch die wirtschaftliche Krise stark zu leiden haben. Trotzdem ist die Zahl der Mitglieder der dem Sekretariat angeschlossenen Verbände von 21.247 auf 28.000 gestiegen. Im Verhältnis zu den im Berufe tätigen Arbeitern und Arbeiterrinnen ist das immerhin noch eine sehr geringe Zahl, denn es wurden in den 12 Ländern, auf die sich die Statistik erstreckt, 151.683 Berufsanhörige gezählt. Von den Organisierten sind 89.885 Frauen. Die höchste Organisation befindet sich in England mit 68.008 und Italien mit 49.633 Mitgliedern. Die wöchentliche Beitrags Höhe variiert zwischen 85 Pf. (England) und 10 Centimes (Italien) bei den Männern und zwischen 40 Pf. (Finland) und 5 Centimes

(Schweden) bei den weiblichen Mitgliedern. Das Gesamtbetrag der angeschlossenen Verbände betrug 851.881,20 M.; die Ausgaben waren im Berichtsjahr um circa 230.000 M. höher als die Einnahme. Sirene und Außensprecher wurden insgesamt 55 gezählt mit 677 Streitenden. Davon entfielen 48 zugunsten der Arbeiter. Dem internationalen Bunde gehören an die Organisationen von Deutschland, Österreich, Frankreich, Tschechoslowakei, Finnland, Norwegen, Schweden, Rumänien, Italien, Belgien, Schweiz und England. Der amerikanische Bunde hat den Beitritt abgelehnt, ebenso die Arbeiter der Seidenweberei in England. Abgesehen von der wirtschaftlichen Stütze, welche die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter durch die internationale Verbündungen erhalten, sind diese auch geeignet den Gewerkschaften immer mehr günstig zu bringen und die internationale Verbündung der Arbeiter zu verstetigen.

Parteiangelegenheiten.

Die Massenlage der Reichsverbände.

Die beiden Straßburger Reichsverbände, Reichsgericht und Dr. Böhmigert und Militärbaumeister Stearns, haben eine ganze Reihe von Klagen gegen sozialdemokratische Zeitungen angekündigt. Am Dienstag wurde Geistoff Peterkorn von Hamburger Echo wegen Bekleidung der beiden zu einer Geldstrafe von 300 M. verurteilt. — Es stehen jetzt noch 15 Prozesse aus!

Unsere Toten.

Zu Nürnberg ist eben wieder einer von der alten Garde, der Photograph Jean Mustat, dahingegangen. Er fuhr anfangs der siebziger Jahre nach Nürnberg, wo er sich sofort dem kleinen Hause unter der Schiebigen Führung Max Grillenberger anschloß und in der schweren Zeit des Schandgesetzes mit auf vorherigen Posten stand. Später wurde er Mitbegründer der jetzigen Parteigruppe, deren Schengengeschäfts er viele Jahre führte. Mustat war auch in die heftigen Kämpfe mit der anarchistischen Gruppe verwickelt, die sich nach dem Eintritt des Socialistenvereins in Nürnberg gebildet hatte und von Hans Wolf in seiner Freiheit auf das leidenschaftliche gegen Grillenberger gehetzt wurde. In den letzten Jahren ist er wenig mehr hervorgetreten, da er an einem schweren Herzjucke litt. Seine Witwe wurde am letzten Sonntag in Ulm durch Feuer bestattet.

Das finanzielle Ergebnis des Nürnberger Parteitages.

gestaltet sich nach der vorläufigen Abrechnung folgendermaßen: Einnahmen aus Eintrittsgeldern 7840,45 M.; sonstige Einnahmen 917,20 M. Summa 8757,65 M.; Ausgaben: Postaliment, Beleuchtung, Reinigung 2783,04, Defektur, Pfusl, vereinzeltes Feuerwerk, Theater 3678,27 M., Materialien 387,18 M., persönliche Dienstleistungen 890,05 M., Verbindliches 397,04 M., Summa der Ausgaben 10275,58 M., somit Mehrausgabe 1517,93 M. — Unter Mannheimer Parteitag im Jahre 1906 ergab, bei einer Gesamtausgabe von rund 8000 M. einen Überschuss in Höhe von etwa 1600 M.

Die Berliner Hochbahn-Katastrophe.

Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts Berlin II begann Mittwoch die Verhandlung über das furchtbare Unglück, das sich am 26. September v. J. auf dem Gleisfelder der Hochbahn ereignet hat. Die Anklage richtet sich gegen den 40-jährigen Zugführer 2. Klasse Gustav Wende und den 28-jährigen Zugführer 1. Klasse Karl Schreiber. Letzterer wurde aus der Untersuchungshaft vorgerichtet. Wende ist noch mehr als zweimonatiger Unterzuchthäftling wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Wobei werden angeklagt: am 26. September 1909 als zur Zeitung der Eisenbahnfahrer angestellte Personen durch Verneidung der ihnen obliegenden Pflichten den Transport auf einer Eisenbahn in Gefahr gelegt und dadurch den Tod von 18 Menschen verübt zu haben und durch dieselbe Handlung die Körperverletzung von 18 Menschen verübt zu haben, und zwar, indem sie zu der Aufmerksamkeit, die sie aus den Augen sahen, vermöge ihres Verlustes besonders verpflichtet waren.

Wie sich das entsetzliche Ereignis abgespielt hat, dürfte noch in älter Gedächtnis sein. Der vom Leipziger Platz kommende, von den beiden Angestellten befehlte Zug überfuhr das grüne Licht zeigende Signal und ebenfalls das auf „Halt“ scheinende Hauptsignal L und traf mit dem von der Villenvirte kommenden Zug, der drei Minuten eher eintreffen sollte, aber Verzögerung hatte, bei der von beiden Schienensträngen gebildeten Weiche zusammen. Der Führer des letzteren Zuges, Schreiber, versuchte seinen Zug zum Halten zu bringen. Es war aber zu spät. Der Motorwagen fuhr den ersten Wagen des Schreiberischen Zuges in die rechte Flanke, wurde aber durch den Aufprall gegen das Geländer des Wagens gedrückt und stürzte auf den Hof des Gesellschafts für Markt- und Kühlstellen hinab. Die Schulde an dem schweren Unglücksfall überließ die Einfallsgruppe den beiden Angestellten auf. Auch zahlreichen Zeugen sind viele Saufverdächtige geladen. Die beiden Angestellten erklärten sich für nicht schuldig.

Angestellter Schreiber behauptet, daß er vor dem Gleisbreite gebremst habe. Das Vorwurf sei noch gewesen, so daß er freie Fahrt hätte. Auch das Hauptignal habe auf Fahrt gesetzen. Als sein Zug die Weiche passiert habe, sei plötzlich der von der Villenvirte



Der Name Bamf ist aus den Anfangsbuchstaben der 4 Worte zusammengesetzt, welche die Firma Breslauer-Aktien-Malz-Fabrik bilden.

Geehrte Hausfrauen!

Gratis

verteilen wir zur Zeit in jedem Haus und in jeder Familie in Dresden und Umgegend eine Probe des vorzüglichen

Bamf-Malzkaffee

damit Sie sich selbst davon überzeugen können, dass **Bamf-Malzkaffee** nicht den weichlichen, widerlich-süßlichen Malzgeschmack anderer Malzkaffees hat (der sich speziell beim Mischen mit Bohnenkaffee so unangenehm bemerkbar macht), sondern den gewünschten **kräftigen aromatischen Kaffeegeschmack**.

Malzkaffee darf nicht wie Malz, sondern muss wie Kaffee schmecken. Diesen Vorzug hat „Bamf“:

Bamf-Malzkaffee wird von der seit 1872 bestehenden Breslauer-Aktien-Malz-Fabrik, einer Weltfirma ersten Ranges, nach bestem Verfahren hergestellt. Es ist das Beste, was überhaupt zu fabrizieren möglich ist.

Generalvertreter: Bruno A. Hoffmann, Dresden-A., Johannstädter Ufer 4. Telefon 9492.

